

Bezugspreis:
Wochenblatt 36.— M., monatl. 12.— M.
Leitungsredaktion, Postamt 12.— M.,
Leitungsbüro, Postamt 12.— M., einsech.
Postamtgebühren. Unter Kreuzband für
Preussland, Danzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die rheinische deut-
schen Gebiete Polens, Österreich
Ungarn und Siebenbürgen 22.— M., für
das übrige Ausland 24.— M. Post-
bestellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Estland, Litauen, Lettland,
Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Voll und Voll“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimweh“ und der
Beilage „Scheidung und Scheidung“
erscheint wöchentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritiplan 15195-97
Expedition Moritiplan 11753-51

Donnerstag, den 27. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Moritiplan 11753-51

Das neue Kabinett Wirth.

Das Vertrauensvotum mit 230 gegen 132 Stimmen angenommen.

Auf den vier Ecktürmen des Reichstages wehten die orangefarbenen Fahnen auf Halbmast. Um Oker-Blauen und deutsches Land, um deutsche Brüder. In der Straßenbahn konnte man es aber erleben, daß einige Fahrgäste aus den „besseren“ Ständen bei diesem Anblick erstaunt fragten, was denn los sei. Mit sichtbarer Befriedigung vernahmen sie die aufklärende Antwort einer Veteranin des „Vollanzeiger“: „Um den König Ludwig von Bayern...“ Zur gleichen Stunde stiegen die ober-schlesischen Industriewerte, die dem deutschen Wirtschaftskörper verlorengehen, sprunghaft in die Höhe, 150, 200 315 Proz.! Und kein Steuererheber wird dieser schamlosen Spekulation in ihre Winkel folgen.

In diesen wenigen Tatsachen ist der ganze Widerspruch, ist das ganze politische Elend unserer bürgerlichen Gesellschaft enthalten.

Im Reichstag selbst wollte das Verlespiel der letzten Woche noch immer kein Ende nehmen: Die ursprünglich auf 12 Uhr anberaumte Plenarsitzung mußte zuerst um eine, sodann um weitere drei Stunden verschoben werden. Es waren die Herren Demokraten, die ihre feierlichen Beschlüsse der letzten Tage noch ein paar mal umstoßen mußten. Schließlich war kurz nach 4 Uhr das neue Kabinett Wirth soweit gebildet, daß es sich dem Reichstag vorstellen konnte. Im großen und ganzen also eine Wiederholung jener Geburtswehen der ersten Regierung Wirth im vergangenen Mai.

Ueber die letzten Verhandlungen um die Regierungsbildung ist noch im einzelnen zu berichten, daß es sich schließlich in der Hauptsache um die Befehung des Finanzministeriums und der bislang von demokratischen Ministern innegehabten Ressorts drehte. Durch das Ausscheiden des Außenministers Dr. Rosen war der Reichskanzler, der bisher auch das Finanzministerium leitete, genötigt, einstweilen auch das auswärtige Amt zu übernehmen. Da nun der von Wirth selbst für das Finanzministerium vorgeschlagene Genosse Wilhelm Keil trotz lebhaftem Drängen, auch aus der Mitte der Fraktion, sich aus schwerwiegenden sachlichen Gründen weigerte, dieses Amt anzunehmen, mußte in der letzten Minute zu einer einstweiligen Lösung gegriffen werden: so wurde der Reichsernährungsminister Dr. Hermes mit der Verwaltung der Reichsfinanzen betraut. Ein sicherlich wenig befriedigender, aber, wie schon gesagt, nur einstweiliger Ausweg. Sehr leicht gestaltete sich dagegen die Befehung des Justizministeriums, das im vollen Einvernehmen mit dem Zentrum unserer Partei überlassen wurde. Die Fraktion übertrug diesen Posten dem hervorragenden Rechtsgelehrten Professor Dr. Radbruch, der sich in weiten politischen Kreisen, auch außerhalb der Sozialdemokratie, der größten Verehrung erfreut. Damit war die Zahl der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder gegenüber früher von drei auf vier gestiegen — Bauer, Robert Schmidt, Adolf Köster (an Stelle Dr. Grobnauers, der, wie bereits gemeldet, sächsischer Gesandter in Berlin wird) und Radbruch —, und diese Vermehrung des sozialdemokratischen Einflusses im Reichskabinett ist um so mehr zu begrüßen, als wir im Mai zweifellos allzu fehlend gewesen waren.

Die Hauptstimmigkeit lag beim Reichswehrministerium. Es heißt, daß die Führer der Reichswehr sich lebhaft für das Verbleiben Dr. Gessler eingesetzt haben. Obwohl dies nicht gerade als entscheidende Empfehlung ersichtet werden kann, ist zuzugeden, daß in der jetzigen Situation gewisse Opportunitätsgründe gegen einen Wechsel in der Weidlerstraße sprechen. Als nun bekannt wurde, daß die Demokraten unter nachmaligem Umfalle bereit waren, Herrn Gessler im Amte zu belassen, stimmte unsere Fraktion dieser Lösung zu. Man kann aber überzeugt sein, daß sie dies nicht leichtem Herzens tat. Ob Dr. Rathenau im Amte bleibt, steht noch nicht fest. Sein Ressort bleibt ihm indessen offenhalten. Anscheinend will der Wiederaufbauminister den Ausgang der Pariser Kammerdebatte abwarten, was wir von ihm als Unterzeichner des Wiesbadener Abkommens durchaus begreifen können.

Unter dem Eindruck der tragikomischen Ereignisse der letzten Tage und Stunden war die Spannung im Hause etwas gelockert, der traurige Anblick dieser Regierungsbildung war wohl schon etwas in Vergessenheit geraten. Indessen, als die Glocke des Präsidenten kurz nach 4 Uhr ertönte, bot der Reichstag das übliche Bild der großen Sitzungen: dicht besetzte Abgeordnetensitze, vollgeprovierte Publikumstribünen, einige Exzellenzen aus aller Herren Länder und Weltteile in der Diplomatenloge, sowie der unheimliche Schwarm der Ministerdirektoren, der Geheimen und Regierungsräte hinter der Regierungstisch und der Reichsratsbank.

Es sind gestern viele Reden gehalten worden: kurze, mittlere und lange, eintönige und spannende, aber von allen wirkte zweifellos am stärksten die kurze Ansprache, mit der Genosse Löbe die Verhandlungen einleitete. Sie dauerte

keine fünf Minuten, aber sie hinterließ einen Eindruck, den niemand unter den Anwesenden so bald vergessen wird. Sie drang zu Herzen. Nicht ein Wort, dem man eine national-fürstliche Tendenz unterstellen könnte, zugleich aber das edelste vaterländische Empfinden, das ein aus dem Proletariat emporgestiegener Volksovertreter im Namen einer unglücklichen Nation jemals zum Ausdruck gebracht hat.

Damit war jene würdige Atmosphäre geschaffen, die der Reichstag für diese schicksalsschwere Debatte nach den unwürdigen Kulissenjahren der letzten Tage vor dem eigenen Volke, vor den verlorenen Brüdern in Ober-schlesien und vor dem Auslande sehr dringend benötigte.

Nun trat der Reichskanzler Wirth an das Rednerpult. Mit seiner gewohnten klaren und frischen Stimme setzte er in kurzen Worten die Situation auseinander und stellte dem Haus das neue Kabinett vor. Seine Rede, die offensichtlich besonders an die Adresse der Entente gerichtet war, ist in der Hauptsache eine letzte Rechtsverwahrung gegen den ungerathenen Senfer Spruch. Im Interesse des Reiches und nicht zuletzt Ober-schlesiens werden wir einen Kommissar zu den wirtschaftlichen Verhandlungen entsenden. Das war ungefähr der kurze Rede klarer Sinn.

Die gleichen Gedankengänge entwickelte zur Begründung der Haltung der Sozialdemokratischen Partei der Genosse Hermann Müller in seinen ab-sichtlich knapp gehaltenen Ausführungen. Sehr notwendig und wirkungsvoll waren die wenigen Sätze, die Müller den Deutschmonarchisten widmete, die noch niemals so deutlich wie in der ober-schlesischen Krise gezeigt haben, daß sie das Wort „national“ für die Zwecke ihrer Partei gestohlen und mißbraucht haben: An der Hand einer besonders schamlosen Stelle aus der gestrigen Morgen-ausgabe der „Kreuz-Zeitung“, die übrigens nur eine der unzähligen Dredspriber ist, die die Rechtspreffe in den letzten Tagen gegen unsere Partei geschleudert hat, lehnte er scharf jede Gemeinschaft mit diesem Gesindel ab.

Die ernste, schlank und schöne Priestergestalt des Abgeordneten Ullrich (Zenit.) folgte unserem Fraktionsredner auf die Tribüne. Dieser Führer der ober-schlesischen Deutschen war besonders berufen, von hier aus noch einmal die Weiden unserer Volksgenossen im Abstimmungsgebiet in Erinnerung zu bringen und die Ungerechtigkeit des Senfer Diktates hervorzuheben.

Indessen, wie meist in solchen Sitzungen, beginnt sich die Spannung etwas zu lösen, als die nächsten Redner erscheinen. Es sind die Vertreter der beiden Rechtsparteien, Hergt für die Deutschmonarchisten und Kahl für die Deutsche Volkspartei. Beide Redner sprechen verhältnismäßig zurückhaltend, man merkt trotz allen lauten Ablehnungsschreien, daß sie in ihrem Innersten einsehen, daß uns doch nichts anderes übrig bleibt, als die bittere Pille zu schlucken. Der Saal hat sich während dieser zwei etwas unerwartet ruhigen Reden ziemlich geleert. Er füllt sich aber wieder, als der Redner der Unabhängigen, Dr. Breitscheid, die nicht allzu schwere Aufgabe unternimmt, den reaktionären Parteien zu antworten. Breitscheids Rede war eine gute politische und theoretische Leistung. Röstlich war insbesondere seine Abrechnung mit den Demokraten.

Nach Breitscheid übernahm der sympathische Professor Schüding die sehr undankbare Aufgabe, die schwankende Haltung der Demokraten zu rechtfertigen und ihre endgültige Stellungnahme zu begründen. Es dürfte ihm aber schließlich gelungen sein, auch nur die Gesamtheit davon zu überzeugen, daß sie in den letzten Tagen vernünftig gehandelt haben. Nun kommen die Vertreter der kleinste Fraktionen zu Wort, die vor leeren Bänken sprechen müssen.

Nach der ablehnenden Rede des Sprechers der Bayerischen Volkspartei wird nacheinander den zwei Rednern der Kommunisten Heydemann und Dr. Paul Levi das Wort erteilt.

Um 11 Uhr ist Levi zu Ende.

Nun erklärt Marx (Z.), daß seine Partei den Antrag der Rechtsparteien ablehne. Müller (Soz.) erklärt das gleiche für die Sozialdemokratie, daselbe tut Ledebour für die Unabhängigen. Er begründet zugleich die Zustimmung seiner Fraktion zu der Erklärung der Regierung mit einigen einschränkenden Bemerkungen.

Von Marx (Zentr.) und Weiss (Soz.) liegt ein gemeinsamer Antrag vor, der besagt: „Der Reichstag billigt die Erklärung der Regierung.“

Die Demokraten haben während der Sitzung sich in ihr Fraktionszimmer zurückgezogen. Wie sie zurückkommen, wird allgem. erzählt, auch sie hätten sich entschlossen, für den Antrag Marx-Weiss zu stimmen.

Deutsche Volkspartei, Deutschnationale und Bayerische Volkspartei bringen dagegen einen gemeinsamen Antrag ein, der in schwülstigen Redensarten inhaltlich eigentlich nur die

Ausführungen des Reichskanzlers kopiert. Durch dieses Manöver hoffen sie eine Mehrheit zu gewinnen, um dann daraus einen Sieg der Opposition konstruieren zu können. Das wird ihnen aber nicht gelingen. Bezeichnend ist übrigens, daß sich ihr Antrag mit keinem Wort gegen die Entsendung eines Bevollmächtigten ausspricht. Wäre es der Opposition mit ihrem Protest gegen die Entsendung ernst, dann hätten sie das wohl auch in ihrem Antrag zum Ausdruck bringen müssen.

Um 11 Uhr 10 Minuten beginnt die lang erwartete namentliche Abstimmung über den Antrag Marx-Weiss. Petersen (Dem.) hebt die weiße Ja-Karte in die Höhe, überall bei den Demokraten leuchtet es weiß auf. Man sieht ringsum weiße Karten, nur rechts und ganz links flamm es rot; die Kommunisten stimmen diesmal „geschlossen“ zusammen mit der Rechten mit Nein.

Es wurden 371 Stimmen abgegeben; mit Ja stimmten 230, mit Nein 132, 9 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist eine Mehrheit von beinahe 100 Stimmen für die Vertrauensresolution vorhanden, also ungefähr 50 Stimmen mehr als bei der Abstimmung über das Ultimatum.

Bei der Abstimmung über den Antrag der Deutschnationalen wurden im ganzen 369 Stimmen abgegeben, davon lauteten 152 auf Ja und 213 auf Nein, bei vier Stimmenthaltungen. Die Demokraten gingen diesmal mit der Rechten.

Sitzungsbericht.

Am Regierungstische: Wirth, Bauer, Köster, Radbruch, Hermes, Giesberts, Brauns, Gehler, Groener, Schmidt.

Präsident Löbe

eröffnet die Sitzung um 4 Uhr 20 Minuten mit folgenden Ausführungen:

Ich eröffne die Sitzung des Reichstages, die Stellung nehmen muß zu dem schweren, vielleicht unabwendbaren Schicksal, der unser Volk durch die Entscheidung des Obersten Rates über Ober-schlesien zugesetzt worden ist. In den Monaten vor und nach der Abstimmung habe ich von diesem Pulte aus oft die mahnende und warnende Stimme gegen die Zerstückung unseres Landes erhoben. Sie ist ungehört verhallt. Heute werden die einzelnen Parteien von ihrem politischen Standpunkte aus, heute wird die neue Regierung dazu Stellung nehmen. Ich will ihnen nicht vor-greifen. Ein Wort aber liegt mir am Herzen, ein Wort, gerichtet an die Landsleute, die in den nächsten Wochen oder Tagen gezwungen von uns gehen sollen. 220 000 Erwachsene in den jetzt abzutretenden Gebieten haben am 20. März sich für das Verbleiben beim Deutschen Reich ausgesprochen. Mit tiefem Schmerz sehen wir sie und ihre Familien von uns Abschied nehmen. Männer, die ein Leben voll Arbeit mit unserem Lande verband, Frauen, deren schönste und heiligste Erinnerung mit der deutschen Erde verknüpft ist, Kinder, deutsche Kinder, in deren erwachendem Sinn vielleicht zum ersten Male das Ahnen und Begreifen von dem Range des Wortes kommt: Dort ist deine Heimat, dort ist dein Vaterland! Wir wollen den Scheidenden, die durch das Gebot fremder Nachbarn einem fremden Lande mit fremder Sprache und fremder Kultur zugewiesen werden, wir wollen ihnen nochmals die Hand auf die Schulter legen, ihnen erst ins Auge blicken und ihnen ein Wort, ein Erlebnis sagen: Treue um Treue! (Beifall) (Beifall) Denn eins ist gewiss, keine Nacht der Erde kann durch das Mittel der Gewalt Unrecht in Recht verwandeln. (Erneuter Beifall) Wie trübe auch die Zukunft vor uns liegt, die deutsche Volksvertretung, ober-schlesische Landsleute, die Abgeordneten der deutschen Republik geben Euch das Gelübnis der Treue, und dieses Gelübnis wird bestehen. (Beifall) (Beifall)

Eine Besprechung des Abg. Brach (Komm.) über eine bei ihm vorgenommene Haus-suchung wird dem Geschäftsausschuß überwiesen. Eingegangen sind die Steuervorlagen.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung der Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober d. J.

Reichskanzler Dr. Wirth:

Auf Grund des Auftrages des Herrn Reichspräsidenten habe ich die Bildung der neuen Regierung übernommen, die ich die Ehre habe, Ihnen vorzustellen. Neben dem Kanzleramt, das mir geworden ist, habe ich die Leitung der auswärtigen Geschäfte übernommen. Die übrigen Ministerposten sind wie folgt besetzt worden:

- Reichschatzminister und Vizekanzler: Bauer,
- Minister des Innern: Dr. Köster,
- Reichsarbeitsminister: Dr. Brauns,
- Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, gleichzeitig beauftragt mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Finanzministeriums: Dr. Hermes,
- Wehrminister: Dr. Gehler,
- Reichsvertehrminister: Groener,
- Reichspostminister: Giesberts,
- Reichswirtschaftsminister: Schmidt,
- Reichsjustizminister: Dr. Radbruch.

Der Posten des Ministers für Wiederaufbau steht noch

Die neue Regierung ist in einer schweren äußeren Lage des Reiches und unter innerpolitischen Schwierigkeiten gebildet worden, auf die der Herr Reichspräsident Bezug genommen hat, als er an mich die Aufforderung richtete, das Verantwortungsamt zu übernehmen. Da ich der Meinung bin, daß kein Politiker und keine Partei, welche innere Notwendigkeiten zu politischer Tat werden lassen wollte, sich der Verantwortung entziehen könnte, habe ich dieses Amt übernommen und Mitarbeiter gesucht und gefunden, die mit mir eines Glaubens sind, daß es nicht angängig ist, das Schicksal des Vaterlandes durch eine lange Krise der Regierungsbildung oder eine handlungsunfähige Regierung aufs Spiel zu setzen. Ich spreche diesen Männern auch hier an dieser Stelle meinen besonderen Dank für ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit aus. (Beifall.)

Die Aufgabe, die als nächste und dringlichste der neuen Regierung unterbreitet wurde, ist zugleich auch die schwerlichste und härteste, die wohl einer Regierung zuteil werden kann. Es ist uns durch die Verhältnisse auferlegt, innerhalb kürzester Frist Stellung zu der Entscheidung der Botschafterkonferenz über Oberschlesien zu nehmen und die mit einer solchen Stellungnahme verbundenen Entschlüsse durchzuführen. Wie Sie wissen, haben die alliierten Hauptmächte, England, Frankreich, Italien und Japan, am 20. Oktober eine Entscheidung getroffen, die das obereschlesische Abstimmungsgebiet durch eine den Industriebezirk zerrückende Grenze teilt, und die Deutschland die Verpflichtung auferlegt, mit Polen unter Leitung eines neutralen Vorkommens ein Uebergangsbkommen abzuschließen, durch das die aus der Grenzführung sich ergebenden wirtschaftlichen Schädigungen ausgeglichen werden sollen. Zugleich haben die beteiligten Mächte Deutschland und Polen aufgefordert, innerhalb acht Tagen je einen Bevollmächtigten zum Abschluß dieses Abkommens zu benennen. Auf diese Entscheidung der Botschafterkonferenz hin hat sich die frühere Regierung entschlossen, dem Herrn Reichspräsidenten ihre Demission anzugeben und mit diesem Schritt die Auffassung bekräftigt, daß sie die Entscheidung in der obereschlesischen Frage in der Form, wie sie erfolgt ist, als

ein Unrecht und ein Unglück

ansieht. Sie hat zugleich in dem den Rücktritt begründenden Schreiben sich dahin ausgesprochen, daß durch den Spruch der Botschafterkonferenz eine neue politische Lage geschaffen sei. Zu diesen beiden Gesichtspunkten, die den Rücktritt der alten Regierung veranlaßten, hat auch die neue Regierung Stellung zu nehmen. In ihrem Namen erkläre ich, daß auch sie in der Beurteilung der Entscheidung über Oberschlesien in nichts von dem Standpunkt der alten Regierung abweicht. Auch die neue Regierung ist der Meinung und betont förmlich vor aller Welt, daß durch den Spruch der Botschafterkonferenz Deutschland und dem betroffenen Oberschlesien harte Gewalt angetan wird. (Beifallige Zustimmung.)

Wenn wir diesen Spruch über Oberschlesien auf Grund des durch den Versailler Friedensvertrag gegebenen Rechtes prüfen, so lag es nach dem letzten Absatz des Artikels 88 in Verbindung mit § 5 des Randats zu diesem Artikel den alliierten Hauptmächten ob, eine Grenze zwischen Deutschland und Polen zu ziehen, die sowohl dem Abstimmungsgebiet als auch der geographischen und wirtschaftlichen Lage der Ostschlesien Rechnung tragen sollte. Diese Entscheidung beruht nach der Rechtslage nur die Hauptmächte selbst treffen. Sie haben sich dieser Pflicht jedoch dadurch entledigt, daß sie den Rat des Völkerbundes um ein Gutachten ersuchten und zugleich darüber übereinkamen, dieses Gutachten, wie es auch lauten möge, als für sie bindend anzunehmen. Nach unserer Auffassung, die mit dem allgemeinen Rechtsempfinden identisch ist, vertritt durch diese Uebertragung der Entscheidung an eine andere Instanz gegen den klaren Wortlaut des Vertrages. (Sehr richtig!) Dieser Verstoß wird auch nicht dadurch geheilt, daß die Entscheidung vom 20. Oktober nach außen hin und formell als Beschluß der Hauptmächte dargestellt wird. Über auch in der Sache selbst steht die getroffene Entscheidung mit den Vorschriften des Vertrages im schroffen Widerspruch. (Zustimmung.)

Die Entscheidung muß selbst anerkennen, daß die alliierten Hauptmächte nicht imstande gewesen sind, eine Grenze zu finden, die sowohl der Abstimmung der Einwohner als auch den geographischen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes gerecht wird, sie stellt vielmehr ausdrücklich fest, daß die gewählte Linie wichtige wirtschaftliche Interessengebiete zerreißt, also

eine Gefahr für Oberschlesien

nicht vermeidet, die durch die Bestimmungen des Vertrages vermieden werden sollte. Daraus ergibt sich aus einer Logik, die nicht nur die Logik Deutschlands sein kann, daß die gezogene Grenze nicht gezogen werden durfte, weil sie das Recht Deutschlands

aus dem Vertrage verleiht. Um diese eingetragene Rechtsverletzung in der Grenzführung auszugleichen, haben die alliierten Hauptmächte zugleich beschloffen, den beteiligten Staaten ein Uebergangsbkommen aufzuzwingen, eine Maßregel und Verfügung, die gänzlich außerhalb der ihnen vom Vertrage zugewiesenen Befugnisse liegt. (Beifallige Zustimmung.) Wenn sie sich anscheinend auf den letzten Absatz des Artikels 92 stützen wollen, rechtfertigt dieser ihr Vorgehen in keiner Weise, er verpflichtet Deutschland lediglich, mit Polen ein ergänzendes Uebereinkommen zu treffen über Fragen, die der Vertrag nicht birgt. Nirgends ist bestimmt, daß der Inhalt eines solchen Uebereinkommens von den alliierten Mächten diktiert werden könne. Es ist vielmehr so, daß diese Vorkäuflichkeit beiden Staaten das Recht zusichert, sich frei und unbeeinträchtigt über die einer Regelung bedürftigen Gegenstände zu einigen. Ich kann also wohl sagen, daß hier durch eine Beugung des Vertrages aus Wohltat Lage gemacht wird. Diesen Standpunkt, diese Rechtsauffassung wird die neue Regierung den alliierten Mächten gegenüber zum Ausdruck bringen.

Die deutsche Regierung sieht die Entscheidung der Botschafterkonferenz als

gegen Vertrag und Recht verstoßend

an. Sie ist der Auffassung, daß in Oberschlesien durch Gewalt ein Zustand geschaffen werden soll. (Sehr richtig!) Aufgabe der neuen Regierung war es daher, die Regeln zu finden, nach denen eine profunde und mögliche Politik in der nächsten Zukunft sich zu bewegen hat. Die nächste und dringlichste Aufgabe, die es zu lösen gilt, ist die, der Verpflichtung zur Einsetzung eines Verretters zur Wirtschaftsverhandlungen über das Uebergangsregime nachzukommen. Die Entscheidung der Botschafterkonferenz stellt Deutschland vor die Wahl, einen Verretter zu entsenden und das zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Blüte des politisch zerrissenen Landes Maßnahme zu tun oder aber sie dem Zwang und den Willkürlichkeiten fremder Nachbarn ausgesetzt zu lassen. Eine Möglichkeit, die von schwersten Folgen nicht nur für das Land selbst, sondern auch für unser ganzes Vaterland sein muß. Vor diese Entscheidung gestellt, ist es die Aufgabe der Politik, den Interessen Oberschlesiens selbst und denen ganz Deutschlands gerecht zu werden. Unsere erste Pflicht ist es heute, die Hunderttausende deutscher Volksgenossen, die durch den Rückspruch der alliierten Hauptmächte zu Polen geschlagen werden, nicht im Stich zu lassen. (Beifallige Zustimmung.) Den Versuch zu machen, der durch die Zerschneidung drohenden Verelendung blühender Gebiete soweit wie irgend möglich entgegenzuwirken. Von dieser Betrachtung der Lage ausgehend wird sie ihren

Devollmächtigten für die Wirtschaftsverhandlungen

ernennen und ihn den alliierten Hauptmächten unverzüglich mitteilen. Wenn die Regierung in dieser dringenden Stunde die Zustimmung der deutschen Volkvertretung zu den so bezeichneten Entschlüssen erbittet, welche sie zur Durchführung benötigt, so verheißt sie sich nicht, daß durch die Rücktrittserklärung der alten Regierung eine neue Lage geschaffen worden ist. Die neue Regierung sieht es als einen schweren Fehler an, dem deutschen Volke wie dem Ausland zu verheimlichen, daß durch die vorausgegangene Verkümmelung deutschen Territoriums infolge der Entscheidung über Oberschlesien Deutschlands Leistungsfähigkeit so vermindert wird, daß alle Berechnungen, die man bisher über die Möglichkeit der deutschen Reparationsleistungen aufgestellt hat, in neue starke Zweifel gezogen werden müssen. (Beifallige Zustimmung.)

Die ehemaligen Gegner Deutschlands haben die Hoffnung auf die Genugdung der durch den Krieg zerrütteten Wirtschaft, auf die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden, auf den Wiederaufbau der gesamten Weltwirtschaft vornehmlich auf die deutschen Reparationsleistungen gestellt und im Verfolg dieser Politik Deutschland Balken auferlegt, die — wenn sie überhaupt zu tragen sind — nur unter Befassung aller Kräfte getragen werden können. Durch die obereschlesische Entscheidung wird diese Voraussetzung auf das schwerste erschüttert. Ich will mich darauf beschränken, Ihnen ganz kurz eine nähere Uebersicht darüber zu geben, was Deutschland an ideellen und materiellen Gütern durch die Entscheidung verlieren soll. Denn nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes soll Oberschlesien durch die Abstimmung 965 000 Einwohner, d. h. 49 Proz. des Abstimmungsgebietes an Polen verlieren. Demgegenüber beitragen die Ziffern des Abstimmungsgebietes 62 Proz. deutscher und 28 Proz. polnischer Stimmen. Es werden also noch mehr als 11 Proz. der Bevölkerung abgebrängt, als für Polen gestimmt haben. (Sehr richtig!) Hierbei ist nicht berücksichtigt, daß das Ergebnis der Abstimmung ein so viel günstigeres für Deutschland gewesen wäre, wenn die Abstimmung mit

voller Ruhe und unter einem wirklichen Schutze stattgefunden hätte (lebhafte Zustimmung), nicht

unter dem Druck polnischer Terror.

In den abgetrennten Gebieten gehen uns große blühende deutsche Städte verloren, alle Zentren deutscher Kultur. Ich erwähne insbesondere die Stadt Katowitz, die mit 85 Proz. aller Stimmen ihre Zugehörigkeit zum Deutschland bekräftigt hat. (Sehr richtig, Beifall!) 42 000 in Katowitz abgegebenen deutschen Stimmen standen nur 3500 polnische gegenüber. (Erneutes hört, hört!) Daß es in der Welt jemand gibt, der gegen dieses Abstimmungsergebnis nicht protestieren würde, darf man bezweifeln. (Sehr richtig, Beifall!) Ich erwähne ferner die Stadt Knigs hütte, in der sich 78 Proz. für das Verbleiben bei Deutschland ausgesprochen haben. Das Verhältnis betrug 31 884 deutscher Stimmen gegenüber nur 10 467 polnischer Stimmen. Wenn nun diese und andere deutschen Kulturzentren ohne Rücksichtnahme auf ihre Geschichte, auf ihre Bevölkerung und auf ihren laut bekundeten Willen von Deutschland abgedrängt werden sollen, so muß jeder Glaube daran schwinden, daß Recht und Gerechtigkeit, daß insbesondere das Selbstbestimmungsrecht der Völker eine wesentliche Bedeutung haben kann. (Sehr richtig!)

Unter den Bodenschätzen Oberschlesiens nimmt die Kohle den ersten Platz ein. Nur ein relativ geringer Teil der Kohlengruben soll nach dem Spruch der Botschafterkonferenz bei Deutschland verbleiben, 75,5 Proz. der obereschlesischen Kohlenförderung sollen an Polen fallen. Zieht man die gesamten Kohlenvorkommen in die Rechnung ein, so verbleiben Deutschland von den 60 Milliarden Tonnen Kohlenvorkommen nur 5,5 Milliarden,

90 Proz. des Vorkommens fallen an Polen.

An Bieieren werden in Zukunft nur 5000 Tonnen statt der bisherigen 22 000 Tonnen von Deutschland gefördert werden können. Wir verlieren mindestens 66 Proz. der bisherigen Förderung. Damit nicht genug, fällt auch die Mehrzahl der Silberhütten an Polen. Von den 37 obereschlesischen Hochöfen fallen 22 an Polen. Diese neue Anfragestellung der deutschen Reparationsmöglichkeiten führen unsere Gegner in einem Augenblicke herbei, in dem viele Kreise des deutschen Volkes zu der Erkenntnis der Notwendigkeit umfassender Reparationsleistungen Deutschlands heranzureifen beginnen.

Die größten Wirtschaftsländer der Welt haben unter dem

Problem der Arbeitslosigkeit

aufs Schwerste zu leiden, eine Erscheinung, deren Zusammenhang mit den deutschen Reparationslasten nur von denjenigen verkannt werden kann, die nicht den guten Willen zur Einsicht haben. Die frühere Regierung hat mehrfach in eindringlicher Weise darauf hingewiesen, daß die obereschlesische Frage nicht eine speziell deutsch-polnische, sondern eine europäische und eine weltpolitische Frage, kurz ein weltpolitisches Problem ist. Die gegenwärtige Lage der Weltwirtschaft zeigt in allen Ländern katastrophale wirtschaftliche Erscheinungen. Bisher hindern jedoch kurzfristige Beschlässe, Verträge und Belastungen die Welt davon, den Weg zu gehen, der auch brauchen, vor allem in England gezeugt worden ist, vor allem den Weg zur gemeinschaftlichen Arbeit am Aufbau von Wirtschaft, Kultur und Recht. Die Politik der bisherigen Regierung ist darauf eingestellt gewesen, durch Reparationsleistungen bis zur Grenze des menschlich Möglichen neben ihren allgemeinen Verpflichtungen zum Wiederaufbau, vor allem zweierlei, nachzukommen. Sie will den guten Willen befeuern, zur Beseitigung des aus den Kriegselendlichkeiten hervorgegangenen Mißtrauens der Völker beizutragen und damit die Grenzen aufzuzeigen, welche der Erfüllung der natürlichen Bedingungen der Weltwirtschaft gezogen sind. Von diesen guten Willen wird auch die neue Regierung nicht abweichen, sie wird durch den Willen, ihren laufenden Verpflichtungen nachzukommen, auch weiterhin den Gegnern jeden Vorwand nehmen, um die von ihnen geplante Verelendung Deutschlands durchzuführen. (Sehr richtig!) Ich setze die Stellungnahme der Regierung heute dahin zusammen:

Die deutsche Regierung erbittet in dem Spruch der Botschafterkonferenz nicht allein eine Ungerechtigkeit gegen das deutsche Volk, der sie wehrlos gegenübersteht, sondern auch eine Verletzung des Versailler Friedensvertrages, dessen klarem Wortlaut die Entscheidung widerspricht. Die deutsche Regierung legt gegen den hierdurch geschaffenen Zustand als gegen eine Rechtsverletzung feierliche Verwahrung ein, wendet das Mittel an, welches das Völkerrecht als Sühne gegen Vergewaltigung kennt. Um die dem deutschen Volke drohende Verelendung zu vermeiden, stellt sich die deutsche Regierung gezwungen, den in der Note vorgezeichneten Dreieckern zu erkennen, ohne ihre Rechtsauffassung preiszugeben. Die Regierung erbittet zu der darauf begrün-

Entdeckungen und Enttäuschungen.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Wenn entschieden werden muß und geschieden zwischen Musik, die groß erhebt und nicht erhebt ist, so darf die Wahl auch gegen das erste Sinnurteil nicht schwer fallen. Was vom Begriff der Welt, was vom Gefühlsmietertrag großer Denksprobleme, was vom Erschauern vor Gott, Erde, Tod in Tönen ausgedrückt ist, was Rhythmus und Melos an Befehnis und Artum zusammenschweißen kann, das erst macht Musik würdig ihrer selbst. Alle Mittel sind geheiligt durch den Zweck der Erlebnisvermittlung. Die Grenzen zwischen absoluter und relativer, zeichnerischer, im Programm verdeutlichter Kränkmusik schwinden vor dem Zauberstab eines ganzen Menschen. In seiner zweiten Sinfonie ist Mahler der größten, mitreißendsten Menschen einer. Die Schicksalsstornat C-Moll diktiert Stimmung und Gehalt, eine gebrochene und wühlende Sehnsucht, eine in Leid und Leid ausgegebene Verzweiflung; ein rasender Versuch, zwischen Diesseits und Jenseits, zwischen Leben und Tod die Wahl zu treffen. Schreiender Kampf, inbrünstiges Wollen, wie in den gleichgestimmten C-Moll-Sonjonten Beethovens, Brahms, Bruckners (der drei schrieb), groß ererbte, schöpferisch getonnene Musik. Dieser erste Satz ist eine Sinfonie für sich, ihr Weh, ihr Glanz, ihr Aufbaum ist erschütternd; Unschärfen, Rätsel, Geheimnisse, die bis zu den Sternen zu deuten scheinen. Ein Herz öffnet sich ganz, und siehe da, es blutet. Für die Gottheit, für das Dudenstum, für die menschliche Erlösung. Ein träumerischer, tanzend anmutiger Rückblick in Kindheit, ein spürstörcher Scherz und dann — Entrinnen aus der todgeweihten Verfallenheit, ein Requiem des tiefsten Betroffenseins, eine Hoffnungslosigkeit und Frömmigkeit ohne Gleichen: „Auserstehen, ja auserstehen wirst du, mein Staub, nach kurzer Ruh.“ Ueber diesem ungeheuren Wert schattet der Himmel, geistert das Leben und der Tod. Ein Ewigkeitswerk. Mahler hat diese Größe nicht mehr erreicht. Oskar Fried packte der Dämon, und er schuf selbst an dem höchsten Podium der Scala herab Feuer- und Wetterstimmung, unergötzlich, brausend und schön.

Die Liebe zu diesem Werk war die erste Entdeckung oder Wiederentdeckung. Die zweite hieß Mendelssohn und war bedenklich. Ein 16stimmiger Chor des 18jährigen, ungedruckt, aufgefunden in der Bibliothek der Singakademie, von Schumann (Georg) liebevoll nachgezeichnet. Eine prachtvoll gelöste Aufgabe der Stimmführung und der Satztechnik, weder thematisch gewählt noch besonders gelungen in der Formgebung; zum Schluß allerdings findet sich der Meister, der einmal Paulus-Chöre schreiben sollte. Auch die Palaestrina-Rotete „Tu es Petrus“ wirkt trotz der Klarheit des Satzes nicht übermäßig; zu viel Kostes, zu wenig Blut. Frau Vos-Carlsofort wiederholte mit technischer Braut und Stillsingefühl einen Teil ihres Bach-Hoffe-Programms. Fritz Kreisler bleibt einzig. Wunschreines Gelingen bei der schönlichen Cesar-Franck-Sonate, jeder Ton eine Köstlichkeit, jeder Streich eine neue Fokendung. Diesen Geigenen im Ohr wandert man fort und tritt, sehr kritisch gestimmt, auf einen anderen, der kalten bleibt. Anna Hegner, dein Name soll genannt und gepriesen sein. Geigerin aus Basel, die es unternimmt, in einem

Opus fast alle namhaften Weigenkonzerte unter Orchesterbegleitung zu spielen. Leider fehlt der ganze Bach und zwei Drittel Mozart. 15 Werke aus dem Repertoire — das ist schon eine Leistung des Gedächtnisses. Am gefährlichsten Abend begegnete mir uns: Schüler- und Konservatoriumskonzerte von Bizet, Beriot, Pleuztemp. Was kann da werden? Ein Erlebnis. Tituskopf, Mischung aus Hyase und Weikonseln, starker, männlicher Kern, Flug und Stern geladen von Musik, jede Muskelhafter spielerisch. Ein seltenes Instrument, eine erstens Technik, ein Temperament und eine Seele, Liebe zum Kleinsten und eine rasende Unbedämmertheit.

Conrad Anjorge bleibt der absolute, in sich gefehrte, denkend große Pianist ohne Blendung bei Bizet wie bei Brahms (op. 5). Fritz Dettmann sollte von ihm lernen. Er positioniert seinen Chopin noch viel zu wenig, bringt aber ein gerüttelt Maß Anschlag- und Spielbegabung mit, die ihn am Ende seiner Jugend über den Durchschnitt emporheben wird. Den hat die jugendliche Rosenhol-Schülerin Linda Bräcker schon überschritten. Sie geht mit Macht gegen die Tasten an, wird im Ton vom schlechtesten aller Hochschüler im Stich gelassen, spielt sicher, sauber und mit einem ungewöhnlichen Zuspruch von Temperament, Seele, Innigkeit. Chopin, Reger, Liszt — sie gewinnt uns auf der ganzen Linie. Eine prächtige Begabung. Helge Lindberg bleibt bei aller Stimmpracht seines voluminösen Baritons eine leichte Enttäuschung. Seit Wechselt hat man zwar soch Morielkato nicht mehr gehört, und die Atemkraft (in einer Händelschen Operarie) ist vorbildlich. Nur das menschliche Antlitz und das tosende Gefühl, das pochende, warme Herz bleiben unschärfbar, selbst in einem sanften, wunderschön gelungenen Händelschen Liebeslied („Leure Waldschatten“).

Im Lichtenberger Volksthor und Sinfonieorchester magt sich der rührige und umsichtige Dirigent (Paul Kurz) an die Mendelssohnische Walspurgisnacht. Welch hübsche Stimmen! Wo aber war im Chor des Volkes oder der Druidenwächter auch nur ein einziges Piano? Das Werk lebt von solchen Kontrasten und ist auch weder ohne Tamtam und Becken, noch mit halben Soffisten, noch mit sechs Schlüsselsternen ersten Geigen und vorwichtigen Cellisten zu machen. Jurid in die Lichtenberger Schule!

Und wir holten zum Schluß einen Augenblick den Atem an. Wo wird Enttäuschung zum Unstun, und ist immer wieder Wunder- und Reuland zu entdecken? Bei Mozart allein, dessen Musik aus den Sternen kommt, wie Mahlers Musik zu den Sternen will. Bruno Walter dirigiert das Divertimento in B-Dur. Sechs Sätze, und jeder eine Köstlichkeit. Und die Pflharmonie wird zum Götterfest, und die Musiker sind Künstler geworden, und alle schmiegen sich unter dem sanftesten, liebevollsten und künstlerischsten Stab eines Mozartschwärmers in die diffizilste aller Musiken ein. Das ist Können, das ist ätherisches Klangbild. Wer macht das Bruno Walter nach? Die Isogän als Gast: in der fraulichen aller Arien der Weltliteratur, in der einschmeichelnd-gartesten Mozartschen Tonreihe („Il re pastore“) eine kleinstimmige, liebe, gefühlswarme, doch unbegnadete Virtuofin.

Die Beschleunigung des Mondumlaufes. Bei der letzten Mondsonsternis hatte man im Observatorium von Greenwich die Beobachtung gemacht, daß die Verfinsternung eher eintrat, als sie nach der astronomischen Berechnung eintreten dürfte. Der Direktor des Pa-

rifer Observatoriums, Professor Bigourdan, der über die Richtigkeit dieser Beobachtung befragt wurde, äußerte sich dahin, daß die Möglichkeit nicht bestritten werden könne. „Nach meinem Dafürhalten“, erklärte er, „waren die Astronomen des Observatoriums von Greenwich durchaus zu der Erklärung berechtigt, daß der Mond eine unvorhergesehene Beschleunigung erge, die durch die Mondsonsternis zur Entdeckung gelangt ist. Es ist seit geraumer Zeit bekannt, daß der Mond bei seiner Bewegung um die Erde eine anormale Beschleunigung an den Tag legt. Mit anderen Worten: er beschleunigt sich einer größeren Schnelligkeit, als er es nach dem Newtonschen Gesetz tun dürfte. Allein diese Tatsache ist schon seit mehr als hundert Jahren bekannt. Verschiedene Astronomen haben sich damit beschäftigt und sind auf Grund ihrer Untersuchungen zu der Feststellung gelangt, daß die hundertjährige Beschleunigung der Bewegung des Mondes etwa 6 Bogensekunden beträgt. Das ist durchaus minimal, wenn man sich vergegenwärtigt, daß 6 Bogensekunden kaum den dreihundertsten Teil des Mondurchmessers ausmachen. Die Genauigkeit der astronomischen Methoden läßt indessen keinen Zweifel zu, daß die Mondbewegung alle hundert Jahre um diese geringe Zeit an Schnelligkeit gewinnt. Ueber die Gründe dieser Schnelligkeitsbewegung ist man indes bis jetzt im Unklaren.“

Für die Freiheit der Theaterkritik tritt der Verband der Berliner Theaterkritiker in folgender Erklärung ein: „Das Gericht hat den Kritiker Herdort Jhering, weil er die Verunsicherlichkeit zweier Schauspieler vernimmt, für schadenersaypflichtig erklärt. Die Rechtstrat dieses absonderlichen Urteils ist noch unbedeutend. Dessen ungeachtet erhebt unser aus 80 deutschen Kritikern bestehender Verband nachdrücklich Einspruch wider einen solchen die Möglichkeit jeder ersten Kritik ansichhaltenden Reklams.“

Deffentlich Wirkende haben öffentliche Kritik zu gewährleisten. Ein Musiker oder irgendein Politiker könnte auf Schadenersatz klagen, weil ihm durch tabelnde Beurteilung sein Fortkommen erschwert“ wird.

Der vom Landgericht gefällte Spruch würde nicht nur die Freiheit des Kritikers einengen und seine Bedenklichkeit bedrohen, sondern auch dem Kunstleben durch Unsicherheit des kritischen Urteils einen Schaden zufügen, für den es keinen Ertrag gäbe.“

Ein Schopenhauer-Museum wurde im Obergeschoß der Stadtbibliothek zu Frankfurt a. M. eröffnet. Das Wenige, das aus dem Nachlasse Schopenhauers gerettet werden konnte, ist hier zusammengetragen. Außerordentlich wertvoll sind die handschriftlichen Aufzeichnungen Schopenhauers und seine Bibliothek. Das Museum besitzt weiterhin den zweiten Teil des Manuskriptes von Schopenhauers Werk „Die Welt als Wille und Vorstellung“, sowie eine Anzahl von Briefen aus seinem Freundeskreise. Bilder und Plänen des Philosophen vervollständigen die Sammlung.

Die Museumführungen durch Direktoralbeamte finden am nächsten Sonntag von 9—11 Uhr im Altes Museum (Zwische Bildwerke) und im Keller-Redlich-Museum (Christliche Kunst und Niederländische Gemälde) statt.

Neues deutsches Kartgeld. In München sind im Hauptmünzamt Vorbereitungen zur Prägung von Notkräften im Gange. Es sollen aber auch Zwei- und Dreimarkstücke geprägt werden. Welches Metall verwendet und wie das Münzbild gestaltet werden soll, ist noch nicht bestimmt.

desen Vollst. Ihre Zustimmung. Die Regierung ist allerdings nicht aus dem festen und geschlossenen Willen einer Anzahl von Parteien hervorgegangen, sondern sich aus Männern zusammen, die sich im Orange der Stunde dem Vaterlande zur Verfügung gestellt haben. Ich weiß wohl, daß eine große Anzahl von Fragen der Lösung bedürftig, die in der heutigen Erklärung nicht beachtet werden können, so z. B. die Grenzfrage, die Preissteigerung, die Neubestellung der Beamten und die Hilfe für die kleinen Rentner. Ich bitte, diese Fragen heute zurückzustellen, und richte den dringenden Appell zur Mitarbeit an die Parteien dieses Hauses. (Beifall.)

Das Haus tritt in eine Besprechung der Regierungserklärung ein.

Abg. Müller-Franken (Soz.):

Der Herr Präsident und der Herr Reichskanzler haben bereits der Haltung der oberösterreichischen Bevölkerung, dieser Mitarbeiter der deutschen Sache, gedacht. Ich schreibe mich namens der Fraktion an. Wir glauben besonders dazu legitimiert zu sein; denn in den Zeiten der Abstimmung sind die deutschen Arbeiter und die deutschen Gewerkschaften die stärksten Träger des deutschen Gedankens und die Hüter der deutschen Sache in Oberösterreich gewesen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es steht einzig in der Geschichte da, daß ein Teil eines Volkes drei Jahre nach einem solchen Kriege so auf die Felleiter geklopft worden ist, wie das in Oberösterreich der Fall war. Wir wissen uns eins mit der Bevölkerung Oberösterreichs. Uns bindet gemeinsame Kultur und Sitte. Wir hören von den deutschen Parteien und von den deutschen Gewerkschaften Oberösterreichs das Gebührende, daß die Deutschen dort auch unter der Fremdherrschaft ihr Deutschtum bewahren werden und eines Tages wieder mit den Brüdern und Schwestern in der deutschen Republik. (Beifall b. d. Soz.) Unsere Aufgabe wird es sein in erster Linie sein, den Deutschen dort zu helfen, soweit das noch in unseren Kräften steht. Das ist der praktische Dank, den die Oberösterreicher von uns verlangen können. Mit einer Politik der großen Geste ist niemand gebieter (Sehr richtig! b. d. Soz.), weder denen in Oberösterreich noch uns im Reich. Demonstrationen, Demonstrationen ist etwas, was sich ein wehrloses Volk nicht leisten kann. Wir haben darin andere Auffassungen als

die nationalökonomischen Klopfschläger.

Die die Schuld an der missäglichsten Niederlage und an dem Zusammenbruch des Reiches (sehr richtig! b. d. Soz. — Widerspruch und Unruhe rechts) dadurch zu verdecken suchen, daß sie uns das Verständnis für nationale Fragen abspreschen. Eine nichtswürdige Hege in der rechtsgerichteten Presse ist die Quittung für die Haltung der sozialdemokratischen Arbeiter in der Abstimmungskommission für Oberösterreich.

Ich will in dieser Stunde nicht weiter polemisieren, ich will zu der Hege nur einen Satz sagen. Sie steht ein an dem Tage, an dem der Reichstag sich über Oberösterreich unterhält, und man ruft uns zu, mit einem solchen Gesinde eine Einheitsfront zu bilden. (Beifall b. d. Soz. — Große Unruhe rechts. — Rufe des Präsidenten.) Wenn uns jemand den Vorwurf nationaler Unzuverlässigkeit machen will, so können wir darüber mit Berachtung hinweggehen. In den sieben schweren Jahren, die Deutschland hinter sich hat, hat unsere Partei den besten Beweis geliefert, daß sie sich an nationaler Zuverlässigkeit von keiner anderen Partei übertreffen läßt. Weil wir uns das Recht herausnehmen, zu jeder Zeit und jedermann die Wahrheit zu sagen, deshalb haben wir auch die Pflicht, heute den Staatsmännern der Entente zu sagen, daß die Entscheidung über Oberösterreich nicht nur mit allen Rechtsbeiständen unvereinbar ist, sondern auch mit dem Versailles-Vertrag — den ich nicht meine, wenn ich von Rechtsbegriffen spreche — unvereinbar ist. Die Entscheidung, die der Oberste Rat über Oberösterreich auf Grund des Gutachtens des Völkerbundes getroffen hat, kann nach unseren Rechtsbegriffen kein Recht schaffen, sondern ist

ein Ausfluß der Gewalt.

Ich sage noch dem Auslande hin: als überzogene Anhänger der Völkerbundesidee bedauern wir, daß der Völkerbundrat sich dazu hergegeben hat, die weder mit dem Völkerbundesrat noch mit dem Völkerbundesrat in der Abstimmung noch mit den Bedürfnissen der oberösterreichischen, der deutschen, der europäischen Wirtschaft verträglich Entscheidung zu treffen. Das ist für uns ein neuer Beweis dafür, daß Rechtsfragen vor ein unabhängiges Schiedsgericht gehören und nicht entschieden werden dürfen von Delegierten von Regierungen, die nach machtpolitischen Grundzügen und nicht nach rechtlichen Auffassungen ihre Entscheidungen treffen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Aus der uns übermittelten Entscheidung über Oberösterreich spricht nicht das Selbstbestimmungsrecht der Völker, sondern in ihr sehen wir vielmehr die Auswirkung des französisch-polnischen Geheimvertrages, der entgegen dem Satzwort des Völkerbundes weder in Genf registriert, noch durch das Amt des Völkerbundes veröffentlicht ist.

Der Herr Reichskanzler hat schon auf eine Rede des enalischen Ministerpräsidenten hingewiesen. Wie soll das von ihm gewünschte einträglich Zusammenwirken gefördert werden, wenn Oberösterreich ohne Rücksicht auf seine Wirtschaft und gegen den Willen des größten Teils seiner Bevölkerung durch eine mit keinem Völkerbundesrat zu rechtfertigende Entscheidung durch eine Jidzadnis arawom zerrissen wird. Lord George hat übrigens in derselben Rede auf die Notwendigkeit der Stabilisierung unserer Währung und auf die Verknüpfung der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge hingewiesen, und er hat den Herrn Professor Cassel aus Stockholm als einen der glänzendsten Wirtschaftler gefeiert. Aber dieser Professor Cassel hat die Genfer Entscheidung als eine

Verfallung an der Natur der Wissenschaft

bezeichnet und als neues folgenschweres Beispiel für das durch den Versailles-Vertrag in der Politik, politische und wirtschaftliche Auflösungsprogramm. Warum feiert Lord George diesen glänzenden Wirtschaftler, wenn er in der Praxis auf dessen Auffassungen steht? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) An der englischen Massenarbeitslosigkeit kann Lord George doch erkennen, wie die, in der Praxis beschlossene Diktatorpolitik der vier großen Mächte ununterbrochen die europäische Wirtschaft vernichtet. Welcher Wirtschaftler will bestreiten, daß durch den Verlust Oberösterreichs die Erfüllungsmöglichkeit Deutschlands enger begrenzt wird? In den Abstimmungsgebieten all Polen die staatliche Gewalt ausüben. Das bringt die Möglichkeit des Verfalls für große Teile des Industriegebietes mit sich, die ja durch ein uns aufgezwungenes, auf 15 Jahre berechnetes, Völkerrechtlich einzig bestehendes, gemeinsames Wirtschaftssystem zusammengehalten werden sollen.

Wenn heute die Abstimmung in Oberösterreich wiederholt werden sollte, so ist nicht daran zu zweifeln, daß sie ganz anders ausfallen würde, als das früher der Fall war. In den Bahnhöfen einer Zerkleinerung über unseren Namen haben und die polnisch stimmenden Arbeiter Oberösterreichs nicht geglaubt. (Beifall b. d. Soz.) (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nach dem der deutschen Regierung übermittelten Entscheid des Obersten Rates soll über das Eisenbahn-, Zoll- und Geldwesen, über die Wasserwirtschaft, über die Elektrizitätswirtschaft des Abstimmungsgebietes verhandelt werden, es sollen Kommissare dazu ernannt werden. Der Reichskanzler hat uns mitgeteilt, daß die Regierung dazu bereit ist. Dabei ist nicht zu vergessen, daß diese Einschränkungen für das gesamte Abstimmungsgebiet gelten sollen, daß also auch für den an Deutschland fallenden Teil auf 15 Jahre die deutsche Souveränität auf die schwerste beeinträchtigt wird, falls nicht vorher die deutsche und die polnische Regierung auf dem Wege freier Vereinbarungen Änderungen erzielen. Wir erklären zunächst sehr richtig, daß diese Bestimmungen eine Stütze in dem Versailles-Vertrag nicht finden. Durch diese Entscheidungen wird das oberösterreichische Volk auf das Schlimmste benachteiligt. Wir sind der Auffassung, daß bei den Verhandlungen, die vorgezogen sind, die deutsche Regierung versuchen muß und wird, die oberösterreichische Bevölkerung nach allen Kräften zu vertreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Für den

Schutz der Minderheiten auf beiden Seiten

muß bald gefordert werden. Hierzu müssen sich Deutsche und Polen zu gemeinsamer Arbeit die Hände reichen, wenn nicht neue unnütze Kriege auf das schwergeprüfte Volk heraufbeschworen werden sollen. Die allerwertvollste Politik wäre es, wenn versucht würde, eine Politik der Rache zu treiben. Eine Politik der Rache würde nicht nur die oberösterreichische, sondern auch die gesamte deutsche Industrie schädigen. Wir appellieren nicht nur an die Deutschen, sondern auch an die Polen. Auch bei ihnen muß der Gedanke der Wirtschaft über den nationalistischen Gedanken liegen. Ihr junger Staat hat das doch wahrhaftig notwendig.

Wir haben zu dem Kabinett Wirth nach der Erklärung des Herrn Reichskanzlers das Vertrauen, daß es sein Möglichstes einsetzt, um diesen Zielen zu dienen. Der Herr Reichskanzler hat erneut eine sehr schwere Aufgabe übernommen. Meine Partei dankt ihm ausdrücklich dafür, daß er in dieser Zeit schwerster Not erneut dies große persönliche Opfer gebracht hat (Beifall b. d. Soz.) bei den Sozialdemokraten. Wenn er dafür in einer gewissenlosen Presse als „Nieder“ beschimpft worden ist, so mag er sich damit trösten, daß nur Schwachköpfe oder Verleumdungen heute einem Reichsminister nachsagen können, er stehe am Amte. (Zustimmung bei den Soz.) Man wies dem Herrn Reichskanzler vor, daß seine bisherige Politik falsch gewesen sei. Ich habe im Auftrag meiner Fraktion zu erklären, daß unserer Auffassung nach die von dem zurückgetretenen Kabinett betriebene Politik die einzig mögliche war (sehr wahrheits!) und damit war sie richtig. (Erneute Zustimmung links.) Jedes Kabinett muß nach unserer Auffassung die gleiche Politik treiben; denn die heutige deutsche Politik folgt im großen Zwangsläufig aus dem verhängnisvollen Krieg, und nur im kleinen haben wir die Hände noch frei. Wenn nach der Entscheidung des Völkerbundes Teile von Oberösterreich verloren gehen sollten, so ist das eben die Folge davon, daß wir diesen Krieg verloren haben, daß die deutsche Oberste Heeresleitung gezwungen war, im Oktober 1918 vor den Machtmitteln der Entente zu kapitulieren.

Wird man sich aus den vielen Besprechungen der letzten Wochen mitteilen, daß es in den Parteien, die bereit waren, über eine Koalition zu beraten, bis in die Reihen der Deutschen Volkspartei hinein Einstimmigkeit darüber herrschte, daß an der

Politik der verjüngten Vertragserfüllung

bis an die Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit festgehalten werden muß. (Sehr richtig! bei den Soz.) Meine Fraktion hat mit aller Entschiedenheit einer Demission des Kabinetts Wirth widersprochen. Sie wollte alsbald nach Eingang der Entscheidung über Oberösterreich das Parlament entscheiden lassen, das entspricht unserer Auffassung des parlamentarischen Systems. Leider können wir nicht dazu (Abgeordneter Dr. Heisterich: Warum nicht?) — Das wissen Sie doch, Herr Kollege Heisterich (Erneuter Zuruf rechts). Sie wissen doch, daß insbesondere von der demokratischen Partei verlangt worden ist, daß das Kabinett bald demissioniert. So kommt heute leider erst in letzter Stunde der Reichstag dazu, sich in der wichtigen Frage zu äußern. Das hat auf die oberösterreichische Bevölkerung, das hat auf die öffentliche Meinung hier und im Auslande den allerungünstigsten Eindruck gemacht.

Sie haben die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers gehört. Die Entscheidung liegt bei Ihnen. Fällt sie gegen das Kabinett Wirth aus, so hat die Wahrheit die Pflicht, die Regierung zu bilden. (Sehr richtig! bei den Soz. und im Zentrum.) Meine Freunde würden um der Sache willen bedauern, wenn es so käme; denn das deutsche Volk in seiner Gesamtheit hätte die Folgen zu tragen. Es kann jetzt nur eine klare Entscheidung geben: sie muß für das Kabinett Wirth günstig ausfallen, wenn neue langwierige Wirren und schwere Demissionen dem Deutschen Volke erspart bleiben sollen. (Beifall b. d. Soz.)

(Den weiteren Bericht finden unsere Leser in der 2. Beilage.)

Frankreich und das Memelgebiet.

Das führende Organ der Demokraten im Memelgebiet, das „Memeler Dampfboot“, stellt die Behauptung auf, unsere Notiz „Französische Interessen in Memel“ seien auf Kreise zurückzuführen, die am liebsten das Memelgebiet an Litauen ausgeliefert sähen. Demgegenüber stellen wir fest, daß derartige Kreise in Deutschland unseres Wissens überhaupt nicht existieren und daß unsere Notiz auf eigenen Informationen beruht. Ebenso verfehlt ist es, wenn das „Dampfboot“ annimmt, daß wir uns gegen die Autonomie des Memelgebietes wenden. Wenn es nach unseren Wünschen ginge, dann würde das Memelgebiet wieder an Deutschland angegliedert, wohin es von Rechts wegen auch gehört, und wir wissen uns in diesem Wunsch eins mit der gesamten Bevölkerung Deutschlands. Da dem Deutschen Reich aber durch den Versailles-Vertrag das Recht genommen worden ist, in der Memelfrage mitzureden, halten wir es für zwecklos, unserer unmaßgeblichen Meinung Ausdruck zu verleihen. Für unsere Pflicht halten wir es dagegen, die Memelbewohner auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die ihnen von dieser oder jener Seite drohen.

Und in dieser Hinsicht glauben wir auf dem rechten Wege zu sein. Das „Memeler Dampfboot“ bestätigt nicht nur unsere Meinung, daß ein französisches Finanzoligarchat an die Stadt Memel zwecks Aufbaus städtischer Industrie- und Wohngebäude herantreten ist, sondern fügt dem noch hinzu, daß die Verhandlungen noch immer im Gange sind. Die Gefahr einer Ueberfremdung Memels durch Frankreich ist also sehr ernst. Wenn das „Dampfboot“ behauptet, der französische Oberkommissar Petion sei an dem Geschäft nicht interessiert, dann möchten wir dem Organ empfehlen, sich einmal in der Verwandtschaft des Kommissars umzusehen. Sehr erkaunt sind wir, daß das „Memeler Dampfboot“ abendrein Niederlassungen französischer Handels- und Industriegesellschaften in Memel auch noch begrüßen zu müssen glaubt. Es wäre bedauerlich, wenn dieses alte demokratische und deutsche Blatt seine Traditionen vergessen haben sollte. Wir wissen nicht, ob diese Art von Politik geeignet ist, die kulturellen und wirtschaftlichen Interessen des Deutschums im Memelgebiet zu wahren. Das Schicksal des Saargebietes sollte doch zu denken geben.

Hoch der Partikularismus!

München, 26. Oktober. (M.) Bei den einzelnen Wehrekreis-Commandos zirkuliert ein Befehl des Reichswehrministeriums, manoch Fahnen, die Eigentum des Reichswehrministeriums sind, weder bei öffentlichen Anlässen, noch bei sonstigen Festlichkeiten verwendet werden dürfen und der Heeresverwaltung anzuzeigen sind. Der Vertreter Bayerns im Reichsrat, Ministerialrat Sperr, hat auf Veranlassung der bayerischen Regierung dem Reichswehrministerium schriftlich erklärt, daß die bayerischen Fahnen bayerisches Eigentum bleiben und nicht in den Besitz des Reichswehrministeriums übergehen, und daß Bayern ferner sich das Recht nicht nehmen lassen wird, über seine Fahnen so zu verfügen, wie es ihm gut dünkt. Eine schriftliche Gegenäußerung des Reichswehrministeriums liegt noch nicht vor.

Recht ist Bayern dort niemals in den Verdacht kommen, auch nur das Geringste von seinem heiligen Partikularismus preiszugeben, selbst wenn es sich nur um ein paar lumpige Fahnen handelt. Wir sind gespannt, welche Haupt- und Staatsaktionen Bayern einleiten wird, wenn Herr Sperr — was wir doch hoffen wollen — fest bleibt.

Die interalliierte Handelskontrolle.

Köln, 26. Oktober. (M.) Am Montag begannen hier die Verhandlungen zwischen der vom Grafen v. Helldorf geleiteten deutschen Delegation und dem interalliierten Sachverständigenkomitee unter Vorsitz von Dell' Abessa über die Ausgestaltung des interalliierten Organs zur Überwachung der Handhabung des deutschen Ein- und Ausfuhrsystems im besetzten Gebiete, dessen Schaffung besonders nach dem Beschluß des Obersten Rates vom 13. August Vorbedingung für die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen ist. Den Verhandlungen lag ein Entwurf des interalliierten Sachverständigenkomitees zugrunde, über den in zwei Sitzungen ein Austausch der Ansichten stattfand. Da der Präsident und einige Mitglieder des interalliierten Komitees, die an den Arbeiten der Pariser Konferenz über die Besatzungsfragen teilnehmen, abreisen mußten, wurden die Verhandlungen heute unterbrochen, um spätestens Anfang November fortgesetzt zu werden. Die Zwischenzeit soll zur Prüfung der gegenseitigen Vorschläge und Einwendungen verwendet werden. Der bisherige Gang der Verhandlungen läßt erhoffen, daß es im Sinne gegenseitiger Verständigung gelingen wird, zum Abschluß einer Vereinbarung zu kommen.

Korsanty gegen Genf.

Warschau, 26. Oktober. (M.) In der Sejmkommission für Auswärtiges gab der Außenminister Skladkowski eine Erklärung über Oberösterreich ab, die streng vertraulicher Natur war. In der Diskussion trat nach langer Pause erstmalig wieder Korsanty hervor. Korsanty beanspruchte die Anerkennung des Erfolges des von ihm geleiteten Mi-Ausschlusses, ohne welchen nur Abnützung und Abfall an Polen gefolgt wären. Ferner hob er die Bedeutung der Tatsache hervor, daß nach polnische Bevölkerung in dem Deutschland zugesprochenen Teile Oberösterreichs vertrieben. Er verlangte, daß die Regierung nach einer Klärung des fünf- bis sechsjährigen Wirtschaftsländers strebe, welches er als überaus lästig kritisierte. Ebenso sprach er sich gegen die Beibehaltung der deutschen Währung in dem polnischen Teile Oberösterreichs aus, da diese Bestimmung von beträchtlicher Tragweite für das polnische Finanzwesen sein müsse.

Tumult in der französischen Kammer.

Paris, 26. Oktober. (M.) Die heutige Kammer Sitzung begann mit der Fortsetzung der Diskussion über die allgemeine Politik der Regierung. In erster Stelle spricht Abg. Krug, der die Politik seiner Gruppe vertritt und gegenüber den Erklärungen des Ministerpräsidenten Briand verteidigt. Nach ihm erhält das Wort der Abg. Puch. Es kommt im Laufe seiner Rede, die sich nur mit innerpolitischen Fragen beschäftigt, zu lärmenden Zwischenfällen, als er vom Präfekten Malan spricht und behauptet, ein Parlamentarier habe im Staatsgerichtshof, also im Senat, im Augenblick des Verdichtes eine neue Schuldigung herangebracht. Einige Tage später sei er dafür durch ein hohes Staatsamt belohnt worden. Gemeint ist Senator Francklin, ehemaliger Generalresident von Tunis, dessen Sohn, der Abg. Francklin, heftig protestiert und herauf vorwirft, er habe sich an ausländische Regierungen verkauft. Es entsteht ein ungeheurer Tumult. Um eine Schlägerei zu vermeiden, unterbricht der Präsident sofort die Sitzung und läßt die Tribünen räumen. Die Sozialisten schreien Aufhebung. Nach etwa halbstündiger Unterbrechung wird die Sitzung wieder aufgenommen.

McKenna für Streichung der Kriegsschulden

London, 26. Oktober. (Reuter.) Im Commercial Club in Chicago hielt Reginald McKenna, früherer englischer Schatzkanzler und jetziger Vorsitzender des Ausschusses der London Joint City and Midland Bank, eine Rede, in der er erklärte, Deutschlands Reparationszahlungen an England und die Rückzahlung der Kriegsschulden der Verbündeten an England könne sich eher als ein Fluch denn als ein Segen erweisen. Der Redner fügte hinzu, England verliere durch die Existenz von zwei Millionen Arbeitslosen mehr, als es je in dreißig Jahren von Deutschland an Reparationszahlungen erhalten würde. Er möchte lieber sehen, daß das arbeitslose Volk Reichum schaffe, als daß es um den Preis der Arbeitslosigkeit tropfenweise Reichum von Deutschland erhalte. Was er von England sage, fuhr der Redner fort, gelte auch in geringerer Maße von den Vereinigten Staaten. McKenna sagte weiter, die Kriegsschulden, welche an England zu bezahlen seien, belaufen sich genau auf dieselbe Summe, wie diejenigen, welche England den Vereinigten Staaten schulde. Was nun die dem Vereinigten Königreich geschuldete Summe betreffe, so sei McKenna nicht nur nicht sanguinisch darüber, ob sie bezahlt werde, er würde sie, wenn es in seiner Macht liege, auch streichen.

Ungarn gegen die Kleine Entente?

Budapest, 26. Oktober. (M.) Das angeforderte Ultimatum der Kleinen Entente ist bisher noch nicht übergeben worden. Das Kabinett wird natürlich erst nach Eintreffen der Note in der Lage sein, Beschluß darüber zu fassen. Jedoch verlautet mit Bestimmtheit, daß die Regierung nicht gewillt ist, eine Einmischung in die inneren Verhältnisse des Landes zu gestatten. Man nimmt hier den Standpunkt ein, daß eine Absehung der Hofburg durch Genf nur mittels eines freien Beschlusses der Nationalversammlung ohne außenpolitischen Druck zustande kommen könne. Jede Forderung der Kleinen Entente, die als eine zwangsweise Einmischung in die Rechte der gesetzgebenden ungarischen Körperschaft anzusehen sei, wird unbedingt abgelehnt werden.

Terror in Budapest.

Budapest, 26. Oktober. (M.) Die Hauptstadt steht seit gestern unter der förmlichen Diktatur der Detachments der „Erwachenden Ungarn“, besonders die Detachments Bronaz und Héjas fühlen sich, seitdem mit ihrer Hilfe der künftige Zustand niedergeworfen ist, als allmächtige Herren der Situation. Hand in Hand mit ihnen arbeiten die „Erwachenden Ungarn“, die gestern wieder große Demonstrationen veranstalteten, wobei zahlreiche Passanten blutig geschlagen und die Druckereien der liberalen Zeitungen „Az Est“ und „Magyarország“ gänzlich demoliert wurden. Wie üblich richteten sich die Ausschreitungen gegen die Juden, denen man diesmal vorwirft, mit den Karlisten konspiziert zu haben, während sie bisher bekanntlich stets wegen hochgewisster Gesinnung verprügelt wurden. Die zur schlimmsten Zeit des Weißen Terrors im vorigen Jahre sind jetzt die Straßen Budapests nach Eintritt der Dunkelheit menschenleer, da jedermann die Uebergriffe der „Erwachenden“ fürchtet. Die wirklichen Führer des legitimistischen Unternehmens befinden sich nur zum Teil in Haft und es wird von Stunde zu Stunde klarer, daß sie auch diesmal straffrei ausgehen werden.

Chaos am Lebensmittelmarkt.

Ursachen: Valuta — Wucher — Preistreiberei.

Was sich jetzt auf einzelnen Gebieten des Berliner Lebensmittelmarktes abspielt, ist ein Chaos, das sich durch nichts mehr beschönigen läßt. Alle Preise gehen in die Höhe. Das ist verständlich da, wo die Waren aus dem Auslande bezogen werden müssen, z. B. beim amerikanischen Schmalz. Die deutsche Mark ist seit dem Mai auf fast ein Drittel ihres damaligen Wertes gesunken, die Preise, die in fremder Währung bei der Einfuhr bezahlt werden müssen, kommen dadurch ganz von selbst auf das annähernd Dreifache. Schuld an den Preistreibern, die auf diese Weise entstehen, hat in Deutschland kaum ein Mensch. Schuld an ihr haben vielmehr die außenpolitischen Mächte, die mit dem Versailler Diktat, im Londoner Ultimatum und der Teilung Oberschlesiens die deutsche Kaufkraft am Weltmarkt geschwächt haben, schuld aber haben vor allem die Ludendorff und Konfortien, die das maßlose Unglück des verlorenen Krieges über uns gebracht haben und die Helferriche, die während des Krieges das Reich mit Schulden überlasteten in der Hoffnung, ein unterwerfener Segner würde sie bezahlen.

Weshalb die Margarineverfeuerung?

Aber nur ein Teil der Lebensmittel wird aus dem Auslande eingeführt und von ihnen wird, wie das eingeführte Mehl, ein Teil durch Reichszuschüsse noch künstlich verbilligt. Die Margarineerzeuger, in der Hauptsache holländische Firmen, die in Deutschland arbeiten, haben jetzt den Margarinepreis um 5,50 bis 7 Mark heraufgesetzt. Die Valuta allein kann den Preisunterschied nicht rechtfertigen, denn die Margarine wird ja nicht fertig eingeführt, sondern nur ihre Rohstoffe, und in dem gelben Butterfärb, der den Brotaufstrich der Arbeiterfamilie bildet, befindet sich ein gut Teil höchstens billiger deutscher Arbeitskraft und deutscher Kohle. Sind doch die Arbeitelöhne sowohl wie die Kohlenpreise weit hinter den Weltmarktpreis zurückgeblieben.

Offener Zuckerverwucher.

Noch schlimmer sieht es beim Zucker aus. Hier wurde, ähnlich wie bei den Getreidem, schon früher, die Zwangswirtschaft neuerdings aufgehoben. Der Erfolg ist, daß es an Zucker fehlt. Die Preise sind allwärts verschoben; in einzelnen Stadtgebieten gibt es an einzelnen Tagen Zucker um 4,50 bis 5,50 Mark, in anderen verlangt man 7,50 bis 10 Mark pro Pfund. Diese Tatsache beweist schlagend, daß hier Lumpen, Schieber und Betrüger am Werke sind. Haben wir überhaupt eine Polizei? Bezahlen wir sie nicht mit unseren Steuern? Warum wird die Wuchergesetzgebung nicht angewandt?

Die Preistreiberei bei Kartoffeln.

Nicht viel anders liegen die Dinge am Kartoffelmarkt. Dieser ist seit vorigem Jahre frei. Seitdem waren die Preise bei großen Schwankungen immer noch verhältnismäßig erträglich. Jetzt aber sind die Kartoffeln knapp, die Preise gehen immer mehr in die Höhe und haben den für den Kleinrentnerhaushalt unerschwinglichen, für den Arbeiterhaushalt erdrückenden Preis von 80 bis 90 Pfennig das Pfund erreicht. Die Ursache dieser Preissteigerung ist schwer zu ermitteln. Die Eisenbahn hat Maßnahmen getroffen, um eine größere Zahl von Waggons freizubekommen. Aber schon bisher hat sie genau soviel Waggons gestellt wie im vorigen Jahre. Das Gerüde von der Verchiebung ins Ausland, so nahe auch die Vermutung liegt, hat seinen Ursprung an irgendeinem Hafenkreuzungspunkt. Die Ausfuhr ist so scharf kontrolliert, daß erhebliche Mengen ohne Genehmigung der Regierung nicht ins Ausland können und die Regierung hütet sich, Ausfuhrbewilligungen im großen zu erteilen. Am Kartoffelmarkt hat eben die Anarchie Platz gegriffen, die für den freien Handel typisch ist. Die landwirtschaftlichen Organisationen klagen über eine schlechte Kartoffelernte. Daraufhin setzte sich alles in Bewegung, was Geld hatte, und hamsterte Kartoffeln. Das Geld entwertet sich fortgesetzt, darum kann das selbst jeder Gekochte, der noch nicht bis drei zählen kann, getrost riskieren, Kartoffeln zu kaufen, um sie später teurer zu ver-

kaufen. Diese und ähnliche Zustände werden durch die Versorgungsangst der Massen gesteigert, die natürlich in ihrer Not auch zusehen, wie sie Kartoffeln bekommen und jeden Preis bewilligen, anstatt einmal ruhig die Händler sitzen zu lassen und zu versuchen, einige Wochen mit Reis, Hülsenfrüchten und dergleichen auszukommen, wie es im Kriege oft geschah.

Her mit Höchstpreisen und Wucherverfolgung!

Die bürgerlichen Blätter schlagen einen Rordorobau. Es ist an der Zeit, daß man diesen Tintenkull einmal gründlich die Wahrheit sagt. Das traurige Gesicht, das dauernd die Zwangswirtschaft mit Dreck beworfen hat, dann mit Hilfe der bürgerlichen Parteien ihre Abschaffung durchsetzte, steht jetzt da und schreit über die Regierung. Wir haben diese Zustände damals vorausgesehen, und unsere Genossen haben sich die niedrigsten Vorwürfe gefallen lassen müssen, weil sie die Zustände von heute antändigten. Um so mehr haben wir jetzt ein Recht zu fordern, daß die Regierung alle Mittel aufbietet, um wenigstens mit Höchstpreisen und Wucherverfolgung einzuschreiten. Die Massen werden ihre Arbeit erleichtern, wenn sie sich trotz der drückenden Not Beherrschung auferlegen und sich nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen. Aber jeder soll es dem anderen sagen, daß wir dieses Elend der Roffigier von Händlern und Agrariern, aber nicht viel weniger den bürgerlichen „Volkspolitikern“ von Schert über Ulstein bis Woffe verdanken, und daß eine Hilfe nur kommen kann, wenn wir den sozialistischen Führern zur Macht verhelfen.

Die Regierung muß durchgreifen.

In der gestrigen Generalversammlung der Konsumgenossenschaft, über die wir morgen ausführlich berichten werden, wurde auch eine Resolution gegen den Kartoffelwucher angenommen, in der ganz entschieden gefordert wird, daß die Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften unverzüglich geeignete Maßnahmen ergreifen, die es ermöglichen, die arbeitende Bevölkerung mit Kartoffeln, als dem unentbehrlichsten Nahrungsmittel, in ausreichendem Maße und zu den niedrigsten Preisen zu versorgen. Die Resolution verurteilt ferner auf das schärfste die wucherische Ausbeutung der schwermehrenden städtischen Bevölkerung durch diejenigen Bandwirte, die nur aus niedrigen, gewinnstüchtigen Motiven die ungeheure Not des Volkes noch künstlich steigern helfen und verlangen von der Regierung im Interesse der Aufrechterhaltung geordneter Zustände rücksichtsloses Durchgreifen auf Grund des Wuchergesetzes in Verbindung mit Beschlagnahme der vorhandenen Vorräte nach einem Umlageverfahren.

Angeichts der gegenwärtigen Kartoffelnappheit ist der Ratigtrat dem Beschluß der Ernährungsdeputation auf vorübergehende Erhöhung der Brot- und Mehlpportionen eingetreten. Der Preis des neuen Großbrotes von 2050 Gramm beträgt, entsprechend dem Preis des bisherigen Großbrotes von 1900 Gramm 7,65 M. Die Einzelheiten der Neuordnung werden durch Verordnung bekanntgegeben werden.

Die Handwerkskammer zum Fall Rahardt.

Die Vollversammlung der Handwerkskammer zu Berlin hat in ihrer letzten Sitzung, wie von uns berichtet, den Vorstand beauftragt, auf Grund des bisherigen Ergebnisses der Untersuchung einen Bericht über den Fall des früheren Präsidenten Rahardt zu erstatten. Der Vorstand hat diesen Bericht, dem wir folgendes entnehmen, jetzt den Mitgliedern der Kammer zugehen lassen.

Es handelt sich bei dem Anlaß zur Verhaftung Rahardts und des Baumeisters Sonnenburg sowie bei der Verhaftung eines Handwerkskammer- und eines Intendanturbeamten lediglich um eine Unterlegung über Verfehlungen, die sie sich in Handwerkskammerangelegenheiten zuschulden haben kommen lassen. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht ein gem. einschafflicher Betrug in Höhe von 79 416 M. zuungunsten der Handwerks-

kammer. Dabei erfuhr das Verhältnis Rahardts zu dem Handwerkskammersekretär Hoffmann und die Beweggründe zur Einstellung Hoffmanns bei der Kammer, die der Präsident veranlaßt hatte, eine unerfreuliche Beleuchtung. Ferner waren im Disziplinarverfahren gegen Hoffmann sowohl Rahardt als auch zwei andere Personen als Zeugen eidlich vernommen worden und hatten Hoffmann zu dem Verzicht so daß sich nunmehr auch der Verdacht falscher eidlicher Aussagen ergab. Dies hatte die Verhaftung Rahardts und der drei oben bezeichneten Personen zur Folge. Weitere Verhaftungen haben unseres Wissens in der Sache gegen Rahardt und Genossen nicht stattgefunden. Die aufsichtsbehördliche Untersuchung hatte die vorgekommenen Ordnungswidrigkeiten und Sühnungsverletzungen gerügt und abgestellt, die unter Rahardts Geschäftsführung sich eingeschlichen hatten und deren Befreiung auch die Vollversammlung schon seit dem Frühjahr dieses Jahres eingeleitet hatte. Der Vorstand der Kammer hat sich überzeugt, daß das Vertrauen zu seinem Vorsitzenden nicht immer abgebracht gewesen und von diesem selbst mehrfach mißbraucht worden ist. Der Vorstand hat darauf der Vollversammlung seine Reserven zur Verfügung gestellt. Die Vollversammlung aber hat den guten Glauben des Vorstandes nicht in Zweifel gezogen und deshalb nach der Wahl des neuen Präsidenten K. Dubert die übrigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt.

Das Donnerwetter im Schornstein. Getränke „Erfindersimmel“.

Ein Dummerjungenstreich, der sehr leicht zu einer Anklage wegen Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz hätte werden können, führte den 17-jährigen Mechaniker S. vor das Schöffengericht. — Der Angeklagte besuchte die Fachschule und war hier von einer Art „Erfindersimmel“ gepackt worden. Ohne Erlaubnis seiner Eltern hatte er sich im Keller eine Werkstätte errichtet, in der er die abenteuerlichsten Pläne in die Wirklichkeit umzusetzen versuchte. Da er mitunter bis in die Nacht hinein hämmerte und in seinem „Laboratorium“ die satzhaften Geräusche erzeugte, die das ganze Haus verpesteten, beschwerten sich bald die Hausbewohner, und die Folge war, daß der Vater des Angeklagten die heimliche Werkstätte aushob. Der um seine schönsten Freuden gekommenen junge Mensch wälzte in seinem Hirre finstere Radepläne, die ihn schließlich zu folgender Tat führten. An einem Sonntagvormittag, als die Hausfrauen gerade mit der Zubereitung des Mittagessens beschäftigt waren, gab es plötzlich im Keller einen gewaltigen Knack und im nächsten Moment fuhr aus den Kuchherden eine dicke Rauchwolke den Frauen ins Gesicht. Mit schwarzen Gesichtern liefen die Frauen hilfesuchend auf den Treppenhilfs hinauf. Durch den Luftdruck waren gleichzeitig die Kochtöpfe umgekippt, so daß das Essen verdorben war. — Die Ermittlungen ergaben, daß der jugendliche Angeklagte der Urheber dieser eigenartigen Sonntagserlöschung war, indem er explosive dierende Stoffe in dem im Keller gelegenen sogenannten Kuchfall der Schornsteine zur Entzündung gebracht hatte. Da man bei der Stärke der erfolgten Explosion zuerst an die Anwendung von Sprengstoffen dachte, wurde zuerst ein Ermittlungsverfahren wegen Sprengstoffvergehens eingeleitet.

Da sich die Angaben des Angeklagten, er habe lediglich mehrere der als Feuerwerkskörper käuflischen Kanonenschläge zur Detonation gebracht, nicht widerlegen ließ, wurde nur Anklage wegen Verübung groben Unfugs gemäß § 360, 11 Strafgesetzbuch erhoben und gegen S. ein Strafmandat über eine Woche Haft erlassen. Hiergegen legte S. Berufung ein und erreichte damit, daß das Schöffengericht es zwar bei der Strafe beließ, ihm aber, da es sich um einen in jugendlichem Beifahren begangenen Streich handelte, die sogenannte bedingte Begnadigung gewährte.

Reichsgebäude als Wohnungen.

Zu Wohnungen nutzbar gemacht werden sollen auch die entbehrlichen Räume in Reichsgebäuden. Der Reichsbauminister hat angeordnet, daß die Verhandlungen über die Bildung eines Reichsfonds zum Umbau solcher Räume wieder aufgenommen werden. Die Vorarbeiten sollen sofort in die Wege geleitet werden, damit man die möglichen Umbauten im Falle der Bewilligung der Mittel unverzüglich ausführen und dann gleich auch die Wohnungsbauten durchführen kann. Voraussetzung soll aber in jedem Falle sein, daß die Maßnahmen wirtschaftlich ist. Wenn im einzelnen Falle mehr als 30 000 M. nötig sind, so hat sich der Reichsminister die Entscheidung vorbehalten. Diese Fürsorge erstreckt sich nicht nur auf die Reichsverwaltung, sondern zum Teil auch auf andere Zweige der Reichsverwaltung. Es sollen sämtliche geeignete und entbehrliche Räume erfasst und für den Wohnungseinbau vorgeesehen werden.

88]

Fräulein.

Von Paul Enderling.

Am Weihnachtsabend war Gogo krank. Er hustete und erbrach sich. Sie sah die ganze Nacht an seinem Bett. Zu Hause, drüben überm Rhein, sahen die Augen in glühende bunte Bäumchen. Sie sah, zerschlagen, eine abgeheftete Sklavin, und ystegte im Halbdunkel das kranke Kind.

Monsieur ließ Zigaretten rauchend und spuckend auf und ab durch die Wohnung. Zwischenein dankte er Mademoiselle mit Kniefall und Tränen in den Augen. Madame erklärte sich für erschöpft. Und beide legten sich schlafen, während Mademoiselle dem Kind Umschläge machte und Tropfen gab — die ganze heilige Nacht hindurch...

Ein Todesfall zu Hause rief sie zurück. Es regnete wieder, wie bei der Ankunft. Die Boulevards lagen kahl und leer und winddurchbraust. Auf dem Asphalt standen Pfützen. Als Fräulein am Ostbahnhof das Billett nahm, dachte sie daran, noch eine Rundfahrt durch Paris zu machen. Aber es war nicht mehr viel Zeit, und Monsieur Labrousse hatte wohl auch Angst, daß er das Auto bezahlen müßte. „Adieu charmant pays de France...“

„Es ist gut, Berner. Du kannst es jetzt schon ganz gut.“ Fräulein seufzte und sah in den Regen hinaus, der in den Garten prasselte.

G e l b.

Frau Görte schien es doch richtig, mit Hermann zu sprechen. Sie sprach selten mit ihrem Sohn; sie hatte so wenig Zeit und hatte dann noch immer das unangenehme Gefühl, nicht den rechten Ton zu finden.

Sie hatte lange, zu lange immer nur den kleinen Jungen in ihm gesehen, den man nicht ganz ernst zu nehmen brauchte. Immer war ein zu weiter Abstand zwischen ihr und ihrem Sohn gewesen: Zuerst sie hoch über ihm, dann eines schönen Tages beinahe umgekehrt. Und als er plötzlich fremde, nie gehörte Ideen aussprach und leidenschaftlich verfocht, war sie erschreckt zurückgesprallt. Und als er erst begriffen, daß sie ihn gar nicht verstehen wollte, daß die bequeme Tyrannie des Görteschen Hauses ihr ein Verstehen fast verbot, gingen sie vollends auseinander. Allmählich fürchtete sie sich fast vor ihrem Sohn. Er blickte sie immer so ironisch an und war so

schweigsam. Gott, was hatte man eigentlich von seinen Kindern und seinen vielen Mähen für sie...

„Hermann, es ist wohl besser, wenn man dich nicht so oft mit Fräulein sieht.“

Er verstand sie gar nicht.

„Du bist so oft am Strande mit ihr.“

„Ja, ja — und?“

Sie machte ihr unglücklichstes Gesicht. „Tante Berla sagt auch —“

„Das dachte ich mir, daß sie wieder etwas angerichtet hat; sie sah befriedigt aus, wie eine Schlange nach dem Fraß.“

„Hermann, was hast du bloß für Ausdrücke! Sie ist doch eine Verwandte!“ Die ganze Görtesche Familienentrüstung lag in ihrer Stimme.

„Und als solche hat sie das Recht, mich straflos zu beleidigen, nicht wahr? Nein, Mutter, mir imponiert der Familienfimmel nicht mehr. Aber ich will stillhalten und für meine Person schweigen. Man lernt das ja hier.“

„Hermann!“

„Ach, laß nur, Mutter. Wir wollen uns doch keine Sentimentalitäten vormachen. Aber Fräulein soll sie aus dem Spiel lassen. Fräulein steht so hoch über ihr, daß sich dieser alte Speiteufel nicht unterstehen soll —“

„Hermann!“

„Ich werde zu ihr gehen und sie zwingen, sich bei Fräulein zu entschuldigen.“ Er wurde ruhig bei diesem Gedanken.

„Das wirst du nicht tun, Hermann.“

„Ja, soll sie sich denn alles erlauben dürfen?“

„Du mußt Achtung vor ihr Alter haben.“

„Nein, davor habe ich keine Achtung. Denn Alter verpflichtet sie durchaus nicht dazu, lauern und umherzugehen und in fremde Suppen zu spucken.“

Frau Görte war keine große Biographin. Aber sie merkte doch, daß sie mit ihrer Mahnung Hermann erst recht auf einen Weg gebracht hatte, den sie ihn nicht gehen lassen durfte: Die Geschichte mit Fräulein schien doch tiefer zu sitzen, als er es sich selbst einzugeschleichen vermochte. Sie sah sehr sorgenvoll auf ihn. Er dachte doch nicht etwa daran, sie zu heiraten? Du liebe Zeit, was würde Julius sagen, wenn er hörte, sein Sohn wolle eine Gouvernante — nein, es war nicht auszudenken. Sie nahm sich vor, gelegentlich Thea zu bitten, auf ihren Bruder einzuwirken. Denn Gefahr schien vorhanden.

Und es war auch keine große Beruhigung für sie, als sie von Hermann das Versprechen erlangt hatte, daß er mit Tante

Berla über diese Sache nicht sprechen werde. „Und mit Fräulein? Wie ist es damit?“ fragte sie ängstlich. Lieber Gott, es mühte doch ausgesprochen werden!

„Ich werde mit ihr zusammen sein, wo ich kann,“ sagte Hermann. „Nicht um dich zu ärgern, Mutterchen, sondern weil sie mir hier wie die Dase in der Wüste ist.“ Und er tätschelte die Mutter zärtlich auf den Rücken.

Sie sah unruhig auf ihn; sie wußte nicht recht: sollte sie dankbar für seine ungewohnte Zärtlichkeit sein oder ärgerlich über seine Abnehnung?

Draußen vor dem Steg schwankten die Boote. Sie waren mit Blumengewinden überdacht. Grüne und rote und weiße Punkte flammten herüber. Die Lampions zeichneten grüne und rote und weiße Linien auf das stildunkle Wasser.

Die Kurgäste drängten sich vorne am Steg oder fuhren auf der „Röde“, die bunte Glühlichter trug, in den Wasserkorso hinein.

Fräulein sah mit Berner in einem Fischerboot. Im letzten Augenblick sprang Hermann hinein; sie hatte ihn nicht abweisen können. Der Fischer ruderte langsam, mit gleichmäßigen, schweren Ruderschlägen über die See, die glatt, wie eine Metallscheibe dalag. Nun waren sie mitten zwischen den bunten, lichtgeschmückten Booten. In einem spielte jemand auf einer Laute und sang ein dummes, schmachtendes Lied. Die Boote kreuzten. Blumen stiegen durch die Luft. Rosen stelen ins Wasser und schwammen darin. Lachen und Gesang und Musik erfüllte den ganzen Abend.

Eine Rose fiel in ihr Boot. Als Fräulein sie anstehen wollte, nahm Hermann sie ihr fort und warf sie in die See.

„Warum?“ fragte sie leise.

Aber er gab keine Antwort und sah abgekehrt nach dem Horizont, wo ein Kriegsschiff auf der Reede kreuzte. Weiße Strahlenbänder durchschnitten das Dunkel, beleuchteten scharf einige Boote und Köpfe, knüpften an den Steg an, rissen ab und versanken ins Dunkel; die Scheinwerfer des Kreuzers arbeiteten.

„Wie schön!“ sagte Fräulein.

„Ich fange an zu frieren,“ klagte Berner, und Fräulein band ihm den Schal fester um.

„Wollen wir nach Hause?“

„Ja. Mama meint auch, ich dürfe nicht solange auf dem Wasser bleiben.“

(Fortf. folgt.)

Einer Geldstrafe von einer Million entgangen.

Unter der Anklage des Juwelienschmuggels hatten sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte der Kaufmann David Kummel und der Kaufmann Viktor Kahn, beide aus Riga, zu verantworten. — Die beiden Angeklagten wurden beschuldigt, ohne die erforderliche Einfuhrerlaubnis zu besitzen, Perlenketten und Brillanten im Gesamtwerte von über eine Million Mark über die deutsche Grenze im Osten geschafft zu haben. Eine Perlenkette im Werte von 400 000 M. wurde in der Hofenstraße über die Grenze gebracht, eine aus 199 Perlen bestehende Kette in einem Nagelstiefel. Dieser Schmuggel kam durch eine Diebstahlsaffäre zufällig zur Kenntnis des Kriminalkommissars Gennat, der die wertvollen Juwelen beschlagnahmte. Staatsanwalt Koperski hielt den Tatbestand der Verordnungen vom 13. Januar 1917 und 22. März 1920 für erfüllt und beantragte gegen Kummel eine Woche Gefängnis und eine Geldstrafe von einer Million und 200 000 Mark und gegen Kahn 100 000 Mark Geldstrafe. Das Gericht kam jedoch ohne besondere Beratung zu einer Freisprechung der Angeklagten, da es keinerlei Beweis dafür erbracht anjah, daß die Angeklagten mit den Juwelien hier Geschäfte machen wollten und es sich tatsächlich nicht nur um Privateigentum handelte.

Zu geringes Gewicht bei Kleingebäck.

Die Preisprüfungsstelle Berlin hat durch Revisionen festgestellt, daß eine große Anzahl von Bäckern entgegen der Maßgebungsverordnung, die einen Preis von 45 Pf. für 100 Gramm aufbrot abzugebendes Kleingebäck vorschreibt, Schrippen zum Verkauf stellt die nicht das vorgeschriebene Gewicht haben. Ebenso hat die Preisprüfungsstelle auch festgestellt, daß das ebenfalls auf Marken zum Preise von 7,10 M. abzugebende Großbrot häufig nicht das vorgeschriebene Gewicht von 1900 Gramm hat. Derartige Zuwiderhandlungen sind nicht nur nach der Maßgebungsverordnung, sondern auch nach der Preistreibeverordnung strafbar. Es ist daher seitens der Preisprüfungsstelle bereits gegen eine Anzahl von Bäckern Strafanzeige erstattet worden. Beschwerden in dieser Beziehung werden vom Magistrat Abteilung für Brotversorgung und von der Preisprüfungsstelle entgegengenommen.

Neue Papiernot. Der Verband deutscher Druckpapierfabriken führt die neuerdings aufgetretene Papiernot auf die mangelhafte Wagengestellung durch die Eisenbahn zurück. Trotzdem eine große Zahl von Papierfabriken infolge von gewerkschaftlichen Kämpfen mehrere Wochen stillgelegt waren, sei es bisher nicht gelungen, die noch vorhandenen Papiervorräte abzuführen. Die Preise für Papiernot sind durch die sich neuerdings wieder bemerkbar machende Papiernot auf das schwerste gefährdet, wenn nicht alsbald Abhilfe geschaffen wird.

Ein Gast und dreißig Kapper. Die Streifenmannschaft der Verhörer Kriminalpolizei hat in der vorhergehenden Nacht wieder eine ganze Reihe von Lokalen ausgehoben und dabei viele gefährliche Personen dingfest gemacht. Unter anderem wurde in der Hasenstraße einem Nachtlokal ein Besuch abgestattet, in dem Raststätte verhaftet wurden. Es wurde geschlossen und die etwa dreißig anwesenden Personen festgesetzt. Dabei stellte sich heraus, daß unter ihnen nur ein richtiger Gast war, alle anderen Personen waren Kapper, Schlepper und Dürren. Der letzte Besuch galt einem Spielklub, der in der Neuen Friedrichstraße 87 im ersten Stock bei Heidemann tagte. Dort hatte sich eine Gesellschaft von ungefähr 100 Personen versammelt, von denen viele, als die Beamten unerwartet einfielen, ihre Waffen, Pistolen, Schrotflinten usw. fortwarfen. Sämtliche Spielgeräte wurden hier beschlagnahmt und alle Anwesenden festgesetzt.

Eine Jugendpflegewoche des Bezirksjugendamts Neudöln will in Erkenntnis der Tatsache, daß gerade in gegenwärtiger Zeit auf die geistige und körperliche Heranbildung unserer Jugend der allergrößte Wert gelegt werden muß, die gesamte Öffentlichkeit zum ersten Male durch ihre Veranstaltung mit allen Einrichtungen bekannt gemacht werden, welche obgenanntem Zwecke dienen. In größtem Maße vorbereitete Veranstaltung, welche vom 12. bis 19. Dezember 1921 in Berlin, Neue Welt, Dörfchen, stattfindet, gliedert sich in zwei Teile. Einerseits sind erste Sachverständigen für populäre Vorträge gewonnen worden. Ergänzung hierzu ist der zweite Teil der Veranstaltung, die Ausstellung, welche, welche praktisch anschaulich das vorführt, was in vorbildlicher Weise zur geistigen und körperlichen Entwicklung der Jugend geeignet ist. Auskunft in allen Angelegenheiten erteilt das Bezirksjugendamt in Berlin-Neudöln, Rathhaus, Zimmer 278.

Die erwartete Verzehrfachung der Autos ist eingetreten. Der Magistrat hat zugestimmt, daß die Fahrpreise der Kraftdroschken, Benzinen- und Elektrodroschken auf das zehnfache der Tage III erhöht werden. — Ferner hat der Magistrat der Erhöhung der Fahrpreise bei den Kraftdroschken von der fünffachen auf die zehnfache Höhe zugestimmt.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Abonnements-Konzerte. Kennzeichen eines Abonnements für die folgenden vier Konzerte, zusammen 10,20 M. Einzelungen im Bureau des Bezirksbildungsausschusses und bei den Mitgliedern der Bezirksbildungsausschüsse. — Sonntag, den 6. November, Einbürgerungsabend für das am 13. Nov. stattfindende Mozart-Konzert. Vortrag mit Demonstrationen am Klavier Dr. G. Noll, Gesang Gertrud Wolf. Karten à 1 M. — Freitag, den 2. Dezember, nachm. 5 1/2 Uhr, in der Neuen Welt, Dörfchen, 109/110, „Die Walküre“ von Richard Wagner, 2. Teil aus der Trilogie „Der Ring der Nibelungen“ in erster Besetzung des Deutschen Opernhauses unter Leitung des Direktors Herrn Hartmann. Karten à 8 M. sind zu haben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof 4 Treppen, Zimmer 12, bei den Mitgliedern der Bezirksbildungsausschüsse und in der Buchhandlung „Vorwärts“, Lindenstr. 2.

Heber. Die religiöse Bedeutung des Marxismus (bricht Freitag, den 25. November, abends 7 1/2 Uhr, im großen Vereinslokal, Dörfchen, 9/11 zu Neudöln, Herrer Rennide. Gäste und Freunde des Bundes religiöser Sozialisten sind herzlich eingeladen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Donnerstag, den 27. Oktober:

- 4. Kreis. Preussener Tag. Versammlung der Ortsvereine des Kreises 7 1/2 Uhr Schulhaus Gensbergstr. 6. Thema: „Schulwesen“. Ref. Dr. Karlen.
- 14. Kreis. Reichsland. 7 Uhr bei Müller, Thüringer Str. 3, Jungfernstraße. Gruppe Schulwesen. 7 1/2 Uhr bei Karl, Wagnersstraße 49. Thema: „Die Schulreform der Arbeiterjugend und des Problems der sozialistischen Schulgestaltung“. Ref. Walter Dahn. — Gruppe Volkswirtschaft. 7 1/2 Uhr im Jugendheim Gensbergstr. 6. Vortrag über „Grundgedanke der Sozialologie“. Ref. Otto Schilling. — Gruppe Reichsland. 7 1/2 Uhr in der Gemeindefabrik Strahmannstr. 8. Vortrag über „Proletarische Schulreform“. Ref. Robert Keller. — Gruppe Reichsland. 7 1/2 Uhr im Jugendheim Gensbergstr. 6. Vortrag über „Reifeinbrüche in Berlin“. Ref. Otto Schilling. — Gruppe Reichsland. 7 1/2 Uhr im Jugendheim Gensbergstr. 6. Vortrag über „Sozialdemokratische Schulpolitik“. Ref. Fritz Schilling. — Gruppe Preußen. 7 1/2 Uhr im Jugendheim Gensbergstr. 6. Vortrag über „Religion und Reformbewegung“. Ref. Walter Dahn. — Gruppe Preußen. 7 1/2 Uhr im Jugendheim (Altes Schulhaus), Reuendorfer Str. 2, Unterhaltungsabend.

Morgen, Freitag, den 28. Oktober:

- 1. Kreis. Weidling. 7 Uhr bei Reiter, Poststr. 69, erweiterte Kreisvorstandssitzung.
- 20. Kreis. Versammlung der Ortsvereine abends 7 Uhr Schulhaus des Reifengraben, Berner Straße, Reindendorfer-Dr. Thema: „Pauflens Schulprogramm“. Ref. Dr. Karlen.
- 24. Kreis. Die bereits angeordnete Sitzung der Bezirkskommission muß am Rindfleischhof ausfallen.
- 43. Kreis. (früher 2.). 7 Uhr Vorbereitungsabend bei Dahn, Dörfchenstr. 57.
- 121. Kreis. 7 1/2 Uhr Konferenz der Sozialistischen Parteien im Gefängnis des Reifengraben, Berner Straße.
- 81. Kreis. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr Parteivorstandssitzung bei Schulhaus, Reindendorfer-Dr. Thema: „Das Verfassungswesen“. Ref. Dr. Dahnstr. 2, 2.

Frauenveranstaltungen:

Arbeitsausfluß für Arbeiterwohlfahrt 8. 1/2 Uhr Versammlung aller Arbeitsausfluß-Komitees, alle Helfer und Helferinnen des 9. Stadtbezirks im neuen Willmerstraßeer Stadthaus, Zimmer 4, Kaiser-Allee, Ecke Schaperstraße. Tagesordnung: „Das kommende Jugendwohlfahrtsgesetz“. Referent: Eise Scheidewitz. Gäste willkommen. Alle in der Wohlfahrtspflege tätigen Genossinnen und Genossen werden aufgefordert, an dieser Konferenz teilzunehmen.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend. Sekretariat: G.M. 88, Lindenstr. 3, 2. Hof, 12. Treppen rechts. Telefon: Npl. 121 68-10.
Heute, Donnerstag, den 27. Oktober:
Gellman-Jahresabend. Jugendheim Gellman, Neubude, Vortrag: „Das Sozialkollaps“. — Landwehr. Jugendheim Landwehrstr. 6, Dörfchen. „Berliner Zeitungen“. — Köpenick. Jugendheim Schule Pauliner Straße, Vortrag: „Gemeinschaftsorganisation“. — Spandauer Viertel. Jugendheim Magierstr. 3, Vortrag: „Geschichte der Mark“. — Reichendorfer Viertel. Jugendheim Glogauer Straße 12-16, Lesabend: „Magin Gorki“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter, Verwaltung Berlin. Gruppe Gemeindegärtner. Gruppenversammlung Freitag, den 27. Oktober, 7 1/2 Uhr, in Schulhaus Gensbergstr. 6, Zimmer 12. — **Schwererband der Schmeißerigen** G. M. 88, heute 7 1/2 Uhr Schmeißerigenklub, Schmeißerigenstraße 4, Abende- und Gewerkschaftsabend. Gäste willkommen. — **Reichsvereinsigung des Arbeiterjugendbundes.** Gruppe Köpenick. Sitzung mit Dahn am Freitag, den 28. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Gerolinde-Heide, Schulhausstr. 12. — **Im Verein „Recht und Sozialismus“** findet am 28. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, Vortragsabend, 13. U. in der Wohnung des Ministerialrats Dr. Kähler. „Die Sozialisierung des Wohnungswesens“ hat. Wichtiges Ereignis ist wegen des Ausschusses am 8. Uhr erfindlich. — **Band „Sozial-Verkehr“, Ortsgruppe Berlin.** Repräsentation des Herrn Th. Burgard, früherer Direktor des Stadtbezirks in Gensbergstr., heute 7 1/2 Uhr im Vereinslokal Deutscher Ingenieure, Berlin SW., Sommerstr. 4. Ingenieur Bobbe wird Sagen in Gensbergstr. Mundart vortragen. — **Schwererband des Berliner Arbeiter-Schulklubs** findet Freitag 7 Uhr Heberstr. 15 bei Höpner. Gäste willkommen. Für Jugendliche und Schüler kein Eintrittsgeld. Kursus für Anfänger. — **Arbeiter-Gemeinschaften** Berlin G. M. Mitglieder-Versammlung am Freitag, den 28. Oktober, 7 Uhr. Ref. Schilling; im Ref. Köpenick, Gensbergstr. 11. Ref. Charlottenburg: im Ref. Köpenick, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 43b.

Aus aller Welt.

Der Sturm vom letzten Sonntag hat auch das 6000 Personen fassende Vorstellungszentrum von Wilhelm Wagenbeds Raubtier-Dressurpark mit der gesamten Zimeneinrichtung in Wittenberge zerstört. Wagenbed wird vom 1. November ab in einem Holzhaus im Kleistpark, dem ehemaligen Botanischen Garten, gastieren.

Schwere Gasvergiftung. Der bei den städtischen Krankenanstalten in Düsseldorf beschäftigte Dr. Walter wurde gestern morgen mit seinen beiden Kindern im Alter von 5 Monaten und 2 1/2 Jahren im Schlafzimmer infolge ausströmenden Gases beinahe erstickt. Das Gas war dem undichten Badeofen entströmt. Wiederbelebungsvorläufe waren bei allen erfolglos.

Uebel verhaftet. Wie uns aus Hamburg gedruckt wird, wurde der Hauptgeschäftsführer des Hamburger Bürgerbundes Uebel, der, wie wir gestern früh meldeten, 95 000 Mark unterschlagen hatte, in der vergangenen Nacht in Hamburg verhaftet; er ist gefänglich das Geld unterschlagen und bereits durchgebracht zu haben.

Der Orientexpress als Schlepper. Am Dienstag abend kam der Orientexpresszug Wien-Paris in München wiederum mit erheblicher Verspätung an. Es wurde eine genaue zoologische Untersuchung des Juges vorgenommen. Man fand wiederum bedeutende Summen an Gold- und Silbergeld, das nach Frankreich verschoben werden sollte. 1 1/2 Zentner Gold und Silber konnten beschlagnahmt werden.

Explosion eines italienischen Forts. Verursacht durch einen Waldbrand, geriet das Fort Santa Helena bei Mailand in Brand und explodierte. Die Zahl der Opfer ist sehr beträchtlich.

Sport.

Rennen zu Mariendorf, Mittwoch, 26. Oktober. 1. Rennen. 1. Flora Singen (Kühnadel), 2. Faust II (H. Hedert), 3. Jersabert (Jaus jr.). Tot.: 45:10, Platz: 14, 14, 14:10. Ferner liefen: Elenmund Silber (4.), Silberius, Elia, Favorita I, Fragelicht, Klaus, Edelbert, Hippolit, Beschalt, Cavantini. — 2. Rennen. 1. Franzo I (G. Grube), 2. Gelmeh I (H. M. Schulerer), 3. Mirabilis I (Wiesener). Tot.: 53:10, Platz: 13, 11, 14. Ferner liefen: Long Paulsden (4.), Gänsefisch, Gänger, Wija I. — 3. Rennen. 1. Wibel (O. Schmidt), 2. Perry II (Riegel), 3. Frühblüte III (Dennis). Tot.: 57:10, Platz: 19, 30, 199:10. Ferner liefen: Schlot (4.), Dandilias, Blau I, Maurice, Hindenburg II, Floris II, Clara I, Heideprinz I, Rachenmüller, Kammerherr, Altonia, Deborah II, Rieger, Arabes, Dombay, Alkanier. — 4. Rennen. 1. Hohlstein II (Jaus jr.), 2. Rieger I. Tot.: 32:10, Platz: 14, 21, 15:10. Ferner liefen: Crocus (4.), Lobnambour, Gudrun II, Durchbruch, Lucille Frisco, Diane VII. — 5. Rennen. 1. Hohlstein (Jaus jr.), 2. Hohlstein (Wiesener), 3. Goldhänder (Waltmann). Tot.: 68:10, Platz: 28, 19, 24:10. Ferner liefen: Kula Dillon (4.), Baron Hail, Erdprinz I, Albatros, Dr. Heise, Emigre. — 6. Rennen. 1. Der Reiter (E. Traub), 2. Lady Marion II (Jaus jr.), 3. Leo Kasper (Kasper). Tot.: 66:10, Platz: 25, 13, 29:10. Ferner liefen: Donna Lodd (4.), Wäde, Nij Loois, Union Voh, Clara Singen. — 7. Rennen. 1. Gadum (Wiesener), 2. Adler (H. Schläger), 3. Radisson (Jaus jr.). Tot.: 75:10, Platz: 22, 26, 38:10. Ferner liefen: Dr. Gugg (4.), Dachtmeister Fröh, Paul V, Rier Schling I, Riech, Trauerfische, Sabar, Kriegswindler, Eclair, Altonia, Prella, Kankler, Hartefeld, Dobb, Krader. — 8. Rennen. 1. Erkling IV (Waltmann), 2. Hofnung I (Zindel), 3. Gradicos (G. Grube). Tot.: 59:10, Platz: 47, 29, 38:10. Ferner liefen: Wankstein (4.), Angid Kasper, Amoreite, Hageball, Harber, Wolfsine, Spinglandlöcher, Dardanelle, Erich I, Kaiser I.

Ein Arbeitervereinsabend in der Berliner Wettspiel-Verband. Er besteht seit 20 Jahren und wurde vom „Freiwilligen Arbeiter-Verein“ und vom „Berliner Arbeiter-Sportverein“ gegründet. Von beiden stehen die Arbeitervereinsabende an und zwar: „Internationales Arbeiter-Sportvereinigung der Lohnarbeiter, Gellman, S. C. Wendenhof, S. C. 1898 Gellman, Kassenführer: Eise, S. C. 1919 Gellman und der „Freiwilligen Arbeitervereinsabende“. Alle Vereine stehen auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung, so daß kein Arbeiter mehr nötig hat, einem bürgerlichen Sportverein anzugehören. Der Klub „Internationales“ hat sich ein eigenes Heim in Aussicht genommen, die Freizeitsportvereinigung der Lohnarbeiter, Gellman, hat ihr Heim beim Restaurant Waldhof in Schmeißerigen und die anderen Vereine planen die Schaffung eigener Sportplätze. Drei Regatten wurden in diesem Jahre vom A. B. V. angeschrieben, zu denen 251 Boote gemeldet hatten, an die 16 Preise zur Verteilung gelangten; außerdem hatten die angeschriebenen Vereine noch fünf Regatten veranstaltet, zu denen 200 Regatten eingeschrieben waren. Die Boote des Vereins legten mit einem Ständer, der einen vollen Ball im rechten Hande zeigt.

Der kürzeste wurde dem A. B. V. in der „Freiheit“ vorzuerufen, daß er nicht das genügende Verhältnis für den Zusammenstoß der Wasserportvereine besitze. Dazu ist zu erklären, daß der A. B. V. durchaus bereit ist, am Zusammenstoß der Wasserportvereine mitzuwirken. So haben bereits mehrere Regatten stattgefunden, die jedoch nicht durch sein Verschulden zu einem unentschiedenen Ergebnis nicht geführt haben. Der Verband des Arbeitervereinsportvereins ist vom A. B. V. nur der Sache wegen nicht befristet worden. Infolge der hohen Kosten ist der A. B. V. zunächst noch nicht in der Lage, ein eigenes Verbandsorgan herauszugeben zu können, da es sich hier um eine Sportvereinsabende handelt, die auch die Arbeiter der städtischen Konfekturvereine beschäftigen muß. Der A. B. V. ist noch immer bereit, mit den anderen Wasserportvereinen zusammenzuwirken, wie er es auch für seine Aufgabe hält, die Interessen der Arbeitervereinsvereine so zu vertreten, wie er es vor der organisierten Arbeiterbewegung beantwortet kann.

Die „Freien Schwimmer“ Reudöln (Mitglied des Arbeiter-Sportvereins) veranstalten ihre diesjährige zwölftägige lokale Schwimmfest am Sonntag, den 29. Oktober, abends 8 Uhr und am Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Stadtbad Reudöln, Gensbergstraße. Eintrittskosten sind an der Kasse und in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.

Geschäftliche Mitteilungen.

Billige Preise für gute Winterkleidung werden von den Kleiderwebern Bae & Sohn, alleinige Verkaufsstelle Berlin, Chausseest. 29/30, angefangen. Große Vorräte sind bei der Firma vorhanden, die das laufende Publikum im Interesse außerordentlich billiger Kleidung bietet, die Herren Kunden mehr zu beizuliegen.

Die **Margarin-Fabrik** der Firma Bergisch-Märkische Margarin- & Erdöl-Fabrik in Oberfeld und Berlin-Bischdors bieten dem Publikum Gewähr für eine taubelose Beschaffenheit der Ware. Die Spezialmarke „Koh“ ist eine reine Cocon-Planzengruppe, die in Deutschland bekannt und beliebt geworden ist.

Wirtschaft

Deutschlands Ausverkauf.

Mit dem neuerlichen Salutaritätsgang hat der Ausverkauf Deutschlands wieder verschärft eingeleitet. Die Grenzorte werden überschwemmt mit Auskäufern, die zu den an fremdem Gelde gemessenen billigen deutschen Preisen die Warenbestände auslaufen. Im Rheinland, wo man schon Gegenmaßnahmen geschaffen hat, fördert die Anwesenheit der fremden Besatzungstruppen, im Saargebiet die Nähe von Frankreich und Elsaß-Lothringen den Ausverkauf. Im Süden, an der Schweizer Grenze, mußte bereits der keine Grenzort für Textilwaren gesperrt werden, weil die Grenzorte vollständig von Bekleidungsstücken geräumt waren, sehr zum Kerger des Kleinhandels, der sich die Salutargewinne nicht entgehen lassen wollte. In Nordschleswig ist jetzt, wie „Politik“ sich aus Hadersleben melden läßt, infolge des Marktkurses eine Panik ausgebrochen. Viele Nordschleswiger, die noch im Besitze von Mark sind, reisen überflutet nach Flensburg und Hamburg, um dort in Einkäufen ihr deutsches Geld abzugeben. Die nordschleswiger Banken, die bisher die Mark mit nur 1 bis 1 1/2 Proz. verzinst haben, wollen in Zukunft die Verzinsung von Markdepositen überhaupt ablehnen, da die Verwaltungskosten zu hoch sind.

Die Vorfälle zeigen, daß eine Verschärfung der Außenhandelskontrolle notwendig wird. Von dem Ausverkauf Deutschlands hat die Arbeiterbewegung infolge eines Vorteils, als dadurch auch die Industrie Aufträge in großer Zahl erhält, und infolgedessen die Arbeitslosigkeit stark zurückgeht. Auf der anderen Seite sieht jedoch die Tatsache, daß sich die Preise um so stärker den Weltmarktpreisen nähern, je mehr für den Export produziert wird. Die Löhne aber halten mit dieser Bewegung nicht gleichen Schritt. So wird der Vorteil, den die bessere Beschäftigung der Arbeiterbewegung bietet, durch die Entwertung des Geldes wieder zunichte. Soll verhütet werden, daß dadurch an der Arbeitskraft schwerer Raubbau getrieben wird, der sich früher oder später an der Produktivkraft der ganzen Volkswirtschaft rächen muß, so muß das Streben der Arbeiterbewegung mehr noch als sonst auf eine Angleichung der Löhne an die gestiegenen Lebenshaltungskosten gerichtet sein.

Erhöhung der Eisenpreise.

Nachdem Ende August von einer Erhöhung der Rohisenpreise abgesehen worden war, hat jetzt der Rohisenausschuß des Eisenwirtschaftsbundes einstimmig Preissteigerungen beschlossen, die sich zwischen 25 und 40 Proz. für die verschiedenen Sorten bewegen. So erhöht sich der Preis einer Tonne Hämatit-Rohisen um 890 auf 2700 Mark, der für Blechrohisen I um 640 auf 2200 Mark, der für Blechrohisen III gleichfalls um 640 auf 2124 Mark. Die Preise sind nur bis zum 30. November d. J. festgesetzt. Begründet wird die Preissteigerung mit der Entwertung der Mark, die die Preise der ausländischen Erze erheblich verteuert hat. Auslandsgerate sind nach dem Bericht gegen Ende April dieses Jahres um 100 Proz. gestiegen. Aber auch die Inlandsgerate sind teurer geworden, ebenso wie der Kokspreis und die Eisenbahnfrachten. Schließlich wird auf die Steigerung der Löhne und Gehälter gegenüber dem Frühjahr dieses Jahres, seit dem Preissteigerungen nicht mehr erfolgt sind, hingewiesen.

Die Erhöhung der Rohisenpreise, der bereits eine beträchtliche Steigerung der Preise für Halbfabrikate vorausgegangen ist, wird den Verbrauch neu belasten. Insbesondere werden durch sie mittelbar die Eisenbahnen und die Straßenbahnen als Großverbraucher, aber auch die weiterverarbeitenden Betriebe betroffen. Ob sie in dieser Höhe berechtigt sind, läßt sich natürlich nicht übersehen. Die Preissteigerung in diesem wichtigen Rohstoff kennzeichnet aber die allgemeine Preisbewegung, die sich immer mehr dem Rückgang der Mark im Ausland angleicht.

Dänische Vorschläge zur Behebung der Krise. Wie die meisten Länder mit hoher Galt, so leidet auch Dänemark sehr unter der Absatzkrise. Der dänische Handelsminister hat nun im Ministerrat einen Bericht über die im Laufe des Sommers eingeleitete Untersuchung über die gegenwärtige Industriekrise vorgelegt. In dem Bericht wird erklärt, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Behebung der Krise, namentlich die Einführung zeitweiliger Erhöhungen der Einfuhrzölle und eines Gesetzes gegen das Salutardumping, weder zweckmäßig noch durchführbar seien. Es wird vorgeschlagen, die Aufrechterhaltung der Bestimmungen über die Begünstigung dänischer Arbeit bei staatlicher Aufschaffung und Käufen von Materialien, Unternehmungen, die mit Staatsunterstützung angeführt werden, ferner zeitweilige Aufhebung des Zolles auf gewisse Rohstoffe, staatliche Unterstüzung zur Abhilfe der ungleichen Konkurrenz und Frachterleichterung, staatliche und billige Darlehen für bedrängte Industrieunternehmen, deren Aufrechterhaltung von allgemeinem Interesse ist, staatlicher Weistand für die Gewährung von Exportkrediten und schließlich Mitwirkung des Staates bei der Stärkung der Konkurrenzkraft gewisser Industrien gegenüber dem Ausland.

Zurück zum Kapitalismus. Immer mehr kommt die Sowjetregierung von dem ehemals von ihr eingeschlagenen Wege der plötzlichen und unvorbereiteten Nationalisierung aller Industrieunternehmen ab und versucht auf dem Wege von Konzessionen an ausländische und auch russische Kapitalisten, die zu neun Zehnteln stillgelegte Werke wieder in Gang zu bringen. Abgesehen von den an große ausländische Finanzgruppen erteilten Konzessionen, die sich besonders auf die Ausbeutung der Bodenschätze beziehen, macht sich diese Tendenz einer Kompromisspolitik besonders im sogenannten südöstlichen Industriegebiet und im Moskauer Raum bemerkbar. Von den mehr als 20 000 zumeist stillgelegten Fabriken des Südostens sind in den letzten Wochen ungefähr 200, darunter allein gegen 100 Dampfmaschinen, verpachtet worden, zumeist an Arbeitsgemeinschaften auf die Dauer von 1 bis 5 Jahren unter der Bedingung, daß die Pachtzahlung in Naturalien und in einem Umfange von 10 bis 30 Proz. der Erzeugung geleistet werde. Selbst in Petersburg mußte die Regierung, um das seit langer Zeit stillliegende Elektrizitätswerk Nr. 1 wieder in Gang zu bringen, zu diesem Mittel greifen. Unter den vier — nationalen — Bäckern befindet sich auch der Metropolit Benjamin, einer der höchsten Würdenträger der orthodoxen russischen Kirche. In den beiden bisher veröffentlichten Wochen des Oktober wurden im Moskauer Raum allein nicht weniger als 38 Unternehmungen, unter diesen 11 der Metallindustrie, auf diese Weise wieder der privatkapitalistischen Bewirtschaftung zugeführt.

Die Sorge vor der deutschen Konkurrenz bei Sachlieferungen. Wie die „Action française“ mitteilt, hat das Syndikat der Fabrikanten keramischer Produkte in Frankreich eine Resolution gefaßt, nach der keramisches Material, wie Ziegelsteine, Dachziegel, Fliesen aus Steingut und Zement, Steingutröhren, sanitäre Apparate, feuerfeste Erzeugnisse für die Arbeiten im Wiederaufbaugelände, bei der französischen Industrie bestellt werden sollen.

Konkurs einer Getreide- und Futtermittel-Firma. Die Deutsche Getreide- und Futtermittel-Großhandlung G. m. b. H. in Berlin ist laut „Voh“ in Konkurs geraten. Die Firma wurde erst Ende Juli d. J. eingetragen. Es heißt, daß Aktien von 2 Millionen Passiven von 10 1/2 Millionen Mark gegenüberstehen. Der Zusammenbruch dürfte mit der Salutaverfälschung zusammenhängen, die bekanntlich dem Getreidehandel große Schwierigkeiten gebracht hat.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus Tannhäuser
6 Uhr

Schauspielhaus Fiesco
7 1/2 Uhr

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Kean
Freit. 7 1/2 Uhr: Louis Ferdinand, Prinz v. Preußen

Kammerspiele
8 Uhr: Der Hühnerhof
Fr. 8: Der Hühnerhof

Gr. Schauspielh. (Karlsruhe)
7 1/2 Uhr: Die Räuber
Fr. 7 1/2 Uhr: Die Räuber

Theater l. d. Königgrätzer Str.
Allabendlich 7:30 Uhr:
Manon Lescaut
(Orska, Janssen, Riemann, Bildt, Brandt, Pichn, Rehkop, Appel, Klupp, May)

Komödienhaus
7:30 U.
Die Fahrt ins Blaue
Gibner, Richard, Engl, Fröckl, Stiede, Dornburg

Berliner Theater
Täglich 7:30 Uhr:
Prinzessin Olala
Fritzi Massary a.G.
Ralph Art. Roberts
Pepi Zampa, Kiper

Central-Theater
7 Uhr: Freie Volksbühne
Fr. 7: Das Detectivmädchel
Deutsches Opernhaus
7 1/2 U.: Der Freischütz
Friedr. Wilhelmhoff, Th.
8 Uhr: American Girl
Intimes Theater
8 U.: Die Spitzke / Laut doch nicht immer nackt herum
Kleines Schauspielhaus
7 1/2 U.: Kiki (Lustsp.)
Lustspielhaus
8 Uhr: Die Schauspieler
Metropol-Theater
7 1/2 U.: Die Stralensängerin
Neues Operntheater
8 Uhr: Königin d. Nacht
Neues Theater am Zoo
8 U.: Das Ewig-Männliche
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Die Wildente
Schiller-Th. Charlottenb.
8 Uhr: Meine Frau, die Hofchauspielerin
Schloßpark-Th. Stoglitz
7 1/2 Uhr: Ehe
Thalia-Theater
7 1/2 U.: Schäm' Dich, Lotte
Theat. a. Nollendorfpark
3 1/2 U.: Das Extemporale
8 U.: Vetter aus Dingsda
Theater des Westens
7 1/2 U.: Braut d. Lucullus
Th. l. d. Kommandantenstr.
(Jüd. Künstler-Theater)
7 Uhr: Dybuk
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Nixchen
Volksoper, Walthalla-Th.
8 U.: Glocken v. Corneville
Residenz Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der König in Paris
Olgalimburg, Kaiser-Tiz, Else Wasa, Eugen Rex
Kleines Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Frl. Josette - meine Frau
Eugen Burg, Carola Teufel, Falkenstein, Hans Albers
Trianon-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Mein Freund Teddy
Arnold Korff, Luise Linder, W. Bendow, Gis. Schneider-Nissen, Fr. Schönemann
Theater des Ostens
(Rose-Theater)
8 Uhr:
Das Glück der kleinen Leute
Casino-Theater
Lothringer Str. 37
Nur nach bis inkl. 3. Nov.
Exzellenz Maxe
Freitag, 4. Nov. z. 1 Male:
Der Weg zum Glück.
Volksstück in 4 Akten.
Sonnt. 3 1/2. Pantoffeltheater
Musik. Kammerspiele
Schillersaal, Neude 5 U.
Eröffnung
Diener - Offenbach
Doktor - Schubert
Waschküche - Dittersd

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
7 1/2 U.: Kapitän Brassbands Bekehrung

Lessing-Theater
7 1/2 Uhr:
Die Spielereien einer Kaiserin
Freitag 7 1/2: Der lauterhaltige Herr Tschu
Sonntag u. Sonntag 7 1/2 U.: Die Spielereien einer Kaiserin

Deutsches Künstler-Th.
7 1/2 Uhr zum 180. Male:
Die Ballerina des Königs
(Leopoldine Konstantin)
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Die Ballerina des Königs

Theater am Kurfürstendamm
Allabendl. 8 Uhr
Ingeborg
Eckensberg, Sandrock, Ueetz, Günther, Walter

Trühne
8 Uhr:
Wettlauf mit dem Schatten
Heims, Winterstein, Oppen

Größenwahn
Lichtung: Resa Valetti
Allabendl. 8 1/2 Uhr

Folies Caprice
Lichtenstr. 132,
am Osanienburger Tor
Täglich 8 Uhr:
Nanons Debat
Pesse mit Genang von L. Leenhart
mit Ferd. Grünecker
Tel. Norden 6650

WINTERTHEATRE
Reines
Varieté-Programm!
Rauchen gestattet!

Theat. a. Kottbus. Tor
Ed. Wenzel, 1897
8 1/2 U.: 7 1/2 Uhr zum
Central. noch 8. U.
Erlie-Sänger
Sonntag 8 1/2 U.
Kleines Schauspielhaus
7 1/2 U.: Kiki (Lustsp.)
Lustspielhaus
8 Uhr: Die Schauspieler
Metropol-Theater
7 1/2 U.: Die Stralensängerin
Neues Operntheater
8 Uhr: Königin d. Nacht
Neues Theater am Zoo
8 U.: Das Ewig-Männliche
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Die Wildente
Schiller-Th. Charlottenb.
8 Uhr: Meine Frau, die Hofchauspielerin
Schloßpark-Th. Stoglitz
7 1/2 Uhr: Ehe
Thalia-Theater
7 1/2 U.: Schäm' Dich, Lotte
Theat. a. Nollendorfpark
3 1/2 U.: Das Extemporale
8 U.: Vetter aus Dingsda
Theater des Westens
7 1/2 U.: Braut d. Lucullus
Th. l. d. Kommandantenstr.
(Jüd. Künstler-Theater)
7 Uhr: Dybuk
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Nixchen
Volksoper, Walthalla-Th.
8 U.: Glocken v. Corneville
Residenz Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der König in Paris
Olgalimburg, Kaiser-Tiz, Else Wasa, Eugen Rex
Kleines Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Frl. Josette - meine Frau
Eugen Burg, Carola Teufel, Falkenstein, Hans Albers
Trianon-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Mein Freund Teddy
Arnold Korff, Luise Linder, W. Bendow, Gis. Schneider-Nissen, Fr. Schönemann
Theater des Ostens
(Rose-Theater)
8 Uhr:
Das Glück der kleinen Leute
Casino-Theater
Lothringer Str. 37
Nur nach bis inkl. 3. Nov.
Exzellenz Maxe
Freitag, 4. Nov. z. 1 Male:
Der Weg zum Glück.
Volksstück in 4 Akten.
Sonnt. 3 1/2. Pantoffeltheater
Musik. Kammerspiele
Schillersaal, Neude 5 U.
Eröffnung
Diener - Offenbach
Doktor - Schubert
Waschküche - Dittersd

Das Detectivmädchel

Central-Theater
Alle Jakobstraße 30
Telephon: Moritzpl. 4647
Billettkasse: Moritzpl. 7809

Das Detectivmädchel

Operette von Aug. Neidhart
Musik von Leon Jessel

PREMIERE
Morgen, Freitag, 28. Okt. 1921, präz. 7 Uhr
mit
Molly Wessely
Lea Seidl * Gustav Jahrbeck
Fischer-Küppe * Karl Platen
Camille Hammes * Edgar Kanisch

Tänze:
Jan Trojanowski
Musikalische Leitung:
Artur Guttman

KOMISCHE APOLLO THEATER

OPER
DIREKTION: JAMES KLEIN
Allabendlich 7 1/2 Uhr
ent. persönl. Leit. von Paul Lincke

Der Herr der Welt
75 Damen Ballett
Meine Bühne der Welt
krielt solche Pracht-
ausstattung u. Namen-
berühmter Darsteller.
Vorverkauf in beiden Theatern den
ganzen Tag ab 10 Uhr ununterbrochen.

Frau Luna
Gr. Ausstattungoperette
30 Damen Ballett
Grigoloffs Luftballon
Flug & 4 Zensuren
Vorverkauf in beiden Theatern den
ganzen Tag ab 10 Uhr ununterbrochen.

Ensemble:
Linda, Kettner, Albert Paulig, Gross, Ebe-Dorn, Gura, Werkmeister, Sebo

Krause Pianos zur Miete
Ausbacher Straße 1,
Ecke Kurfürststr.

Eiserne & Transportkachel-ÖFEN
SEMMLER & BLEYBERG
A. S.
Dresdnerstr. 10
BERLIN S. 14

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Ordnungsverwaltung Groß-Berlin.

Freitag, den 28. Oktober, abends 6 Uhr
im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 25:
General-Verammlung

Tagesordnung: 1. Bericht vom III. Quartal.
2. Geschäftsbericht, b) Rechenbericht, c) Bericht der Revisoren.
3. Antrag auf Herabsetzung des Ortsbeitrags.
4. Wahl der amtierenden Mitglieder der Ortsverwaltung.
5. Besondere Angelegenheiten.

Zutritt zur General-Verammlung haben nur die neuwahlgültigen Vertreter unter Vorweisung ihrer Delegiertenkarte und des Mitgliedsbuches. 37.10
Die Verammlung wird pünktlich eröffnet. Die Ortsverwaltung.

Nasenröte, Sommersprossen

Pickel, Hautunreinigkeit, Gesichtsröte etc. werden schmerzlos, unmerkbar für die Umgebung, abgeschafft durch echte Vater-Philipp-Schülke, danach kommt anmutige junge zarte Haut zum Vorschein, 12 M. vom Laboratorium Dresden-Zschachwitz 146, erhältlich in der Elektro- Apotheke, Leipziger Straße, und in den Drogerien Bastianstr. 2, Fehmann-straße 3, Reinickendorfer Str. 119, Charlottenstr. 76, Pankow, Prinzstr. 6.

Sonnt. 9-1 Uhr
Brillanten zum Auslandskurs Platin
Gold-, Silberbruch
Zahngelisse, alte Münzen
Zahn 15-100 M.
Seibauer
Charlottenburg
Wittenbergplatz 3
Vordh. Verh. Unterdrh
eröffn. u. 9-7 Uhr

Erfolg haben Inserate im Vorwärts

Pfandscheine
Brillanten, Gold
Silber (Bruch) Platin
Zahngelisse
Zahn 10 bis 150 Mark
Prämon-Feldstecher
Ankauf zum Auslandskurs
Einwechseln von ausländischen Gold- und Silbermünzen
Kurt Kehler, Berlin
Lothringer Str. 34

Ankauf Juwelen
Margraf & Co.
Kanonikerstr. 9.

Sudje zur Selbstverwertung
Edelsteine
u. Edelmetalle
zu höchst. Preisen
G. Schliephacke
Juwelier
Friedrichstraße 210
Ecke Kochstraße

● Klaviers ●
Zepplage, Möbelfische,
Beize, Gold-, Silber-
bruch u. Gegenstände
kauf u. höchsten Preisen
Klein, Charlottenburg,
Krummerstr. 22. Tel. 7605

Geöffnet 9-7
Anteilzahlung Anzüge
Cutaways, Ueber,
Schlöpfer, Raglans,
Hosent., weber. Sachen,
benannt nach. Material.
Leiser Gottlieb
Nollendorferstr. 22 a II
(Nähe Nollendorfpark)
Sonntag 9-1

Zeit- oder Goerz-
Brennstoffbehälter
Dimit. Verdr. 14. Steinb. 908

Zinn
Löt- u. Reinninn zum
Selbstverbrauch u. Händ-
lern u. Fabrikant, kaufen
große u. kleine Posten
Gebr. Winkelstein,
Schönhauser Allee 31.

Brillanten Platin-, Gold-, Silber-

Bruch dring. zu kauf, gesucht. Wir können
surreizt sehr hohe Preise zahlen.

Juweliere Gebr. Neumann
Sätzowstr. 77 Nähe Magdeburg. Pl.
neben Blüthner-Saal.

Eine Amsterdamer Firma
hat uns beauftragt, alle legendäre errei-
baren Brillanten anzukaufen.
Wir bitten daher preislos
Brillantenbesitzer
Juweliere u. Händler,
wenn ihre Juwelen ausbleiben. Sie zahlen
die höchsten Ankaufspreise!
Für Platin, Gold- und Silberbruch
legte Vorlespreis!
Schow, Juwelen G.m.b.H.
Jerusalemstr. 19/20.

Brillanten

Kleiner, Schmuckstücke jeder Art, große, wertvolle Ju-
welen, Brillanten, Rubine, Saphire, Perlen, Edelsteine, etc.
haben Sie zu verkaufen? Wir übernehmen sofort jedes
teure abgegebene Gebot bis 10%, da wir eine einzi-
gartige direkte Verwertung haben, Ankauf auch mit
Hilfsaufschlag (höchst. 10% zuzüglich). Wenn Sie
sehr hoch. Preisen: Goldene Uhren, Ketten, Platin-,
Gold- und Silberbruch und Gegenstände, Juwelen-
sammlungen, Schmuckstücke etc. und zahlen zu
Großen Berlin erleben Sie, wenn Sie nicht zu
uns kommen. Große Entlohnung haben Sie hier,
wenn Sie die niedrig. Angebote abgeben. Hören.
Berliner Juwelen-Verwertungsgesellschaft
Spezialgeschäft für den Ankauf großer Objekte.
Wom Publikum selbst als eine höchstwertvolle Sache
anerkannt. Leben: Sätzowstr. 22, erl. Haus von der
Friedrichstr. 22. 9-7 Uhr. Wochentags
Sonntags 9-1 Uhr

Zeig' mir mal dein Muffermal

Der Schlager
aus
„American-Girl“
Friedrich-Wilhelmst. Theater
Täglich 8 Uhr. Täglich 8 Uhr

Rennen zu Grunewald
(Unionklub)
Donnerstag, 27. Okt., nachm. 12 1/2 U.
7 Rennen

JAPALPA AMZOO

Wochentags: 1/2 7 u. 3/4 9 Uhr
Sonntags: 4, 6 und 8 Uhr

Das indische Grabmal
Erster Teil
Regie: JOE MAY

Vorverkauf von 11-1 Uhr!
Ehren- und Freikarten unguiltig!

Brillanten
Perlen, Gold-, Silber-Bruch u. Waren, Platin
kauft A. Fab. Seydel-
str. 32.

Lassen Sie sich nicht durch großschreiende
Reklame irreführen. Verkaufen Sie Ihr

Gold-Silber-Platin
Brillanten, Zahngelisse, Münzensammlungen usw.
zum Auslandskurs bei
C. Maulhardt & Co.
Nur Schwedter Str. 12
Beste Absatz für Händler!

Ankauf von Gold-, Silber-Bruch
Barren, Uhren, Schmucksachen
aller Art, Medaillen, Bestecke

Münzen sammeln
infolge der ungünsti-
gen Marktbewertung
haben sämtliche
Platin Edelmetalle die
denkbar höchste
Bewertung erreicht.
Versäumen Sie
nicht diesen gün-
stigen Moment und
verkaufen Sie
jetzt
Gold-, Silber-, Platin-
bruch und Gegen-
stände. — Meine
handelsgerichtlich ein-
getragene Firma bürgt
Ihnen für absolute
Reellität

Zur Beachtung
Ankauf zu Engros-
Preisen
Brillanten
zum Auslandskurs
Edelmetallgroßhandlung
Heinrich Trapp
handelsgerichtl. eingetragene Firma
Beuthstraße 10
(Laden) am Spittelmarkt, Tel.: Zentrum 1576

Das Räderwerk
Das Räderwerk
bes. Wirtschaftlichen Wert hat selbst vertrieben
sich auf dem Markt

DIE DEUTSCHE VOLKSWIRTSCHAFT
Die Einführung von
Georg Grodau und Rob. Schmidt
Preis 12 Pf. 15.-, geb. 25.-
Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 69
Lindenstraße 2

Zähne
9. 15.-, 10. 10.-, 11. 10.-, 12. 10.-, 13. 10.-, 14. 10.-, 15. 10.-
Hank, Alvenslebenstr. 12 (88. o. Hochb.)

Ankauf von Bibliotheken,
Kunstabdrucken, Sand-
zeichen, Autogramme, Brief-
werken aller Art, Handschriften
mit und ohne Handschrift, alten
Drucken, einzelnen Bänden von
Wert, Plannischen usw.

Martin Breslauer,
Berlagsbuchhändler und Antiquar
Berlin 95 8 Rennbahnstr. 46

Die Debatte im Reichstag.

(Schluß aus dem Hauptblatt.)

Abg. Ullrich (S.):

Die Genfer Entscheidung übersteigt alle Erwartungen. Schon die Abstimmung entsprach nicht den Bestimmungen von Versailles; sie stand unter polnischem Terror, den Frankreich begünstigte. Die Auswertung der Abstimmung ist noch ungerechter. Die Oberschlesier hatten geplant, über das Schicksal des gesamten ungeteilten Oberschlesiens abzusprechen. Bei einer neuen Abstimmung würden viele, die für Polen gestimmt haben, heute für Deutschland stimmen. Wenn wir einen Vertreter zu den Wirtschaftsverhandlungen schicken, so tun wir es nur in der Erwartung, daß Gleichberechtigung bei den Verhandlungen Platz greift. Voraussetzung dazu ist ein wirklich unparteiischer Vorsitzender. Im Namen des ganzen ober-schlesischen Volkes erhebe ich gegen den Spruch von Genf, der ein Rechtsbruch und ein Hohn auf die festerlich garantierte Selbstbestimmung ist, vor aller Welt feierlich Protest. Wir glauben an die Gerechtigkeit der Weltgeschichte und hoffen darum auf eine Wiedervereinigung mit unserem lieben Oberschlesien. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Herzog (Dnt.): Eine Welle der Empörung hätte durch unser Volk gehen müssen, die auch die Regierung, das Parlament hätte mit sich reihen müssen. Vor aller Welt hätte man alle Mittel des Widerstandes und der Beeinflussung auszuheben müssen. Nichts davon ist zu sehen gewesen. Die letzten 6 Tage haben nicht zum Ansehen des parlamentarischen Systems beigetragen. Aus allen Ausführungen des Reichstanzlers klang hervor, daß wir vor einem unabänderlichen Gewaltakt stehen. Dagegen erheben wir Widerspruch. (Lachen links.) Wenn wir diese Vergewaltigung wieder akzeptieren, dann streichen wir uns selbst aus der Liste der Völker aus. Wir lehnen die Annahme der ober-schlesischen Entscheidung und die Entsendung eines Kommissars ab. Die Durchführung der ober-schlesischen Entscheidung führt womöglich zu ersten Meinungsverschiedenheiten zwischen den Militärs. Wir stehen vor einem Wendepunkt unserer ganzen Außenpolitik. (Lachen links.) Wir müssen die Irredenta in Polen vorwärts treiben. Das Erfüllungsprogramm müßte eigentlich für seine bisherigen Vertreter alles Eisen geworden sein. Es hat ein völliges Fiasco erlebt, wie auch das unglückselige Rathenau-Abkommen beweist. Die neue Regierung Wirth wird nur eine vorübergehende Erscheinung sein.

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.): Warum ist nicht der Reichstag sofort nach Eingang der ober-schlesischen Entscheidung vom Kanzler orientiert worden? Wir haben ein ewiges, unentdeckbares Recht auf Oberschlesien. (Beifall.) Oberschlesien ist deutsch und wird deutsch sein. Versailles sah gar keine Teilung vor. Den Abschluß des Wirtschaftsabkommens zum ausgezwungenen Bestandteil eines Diktats zu machen, ist

Rechtsbruch im schärfsten Sinne.

Durch die Abtrennung von Oberschlesien wird unsere Leistungsfähigkeit wesentlich herabgesetzt. Auch wir wollen erfüllen, soweit unsere Leistungsfähigkeit reicht. Aber durch die Annahme der ober-schlesischen Entscheidung ist unsere Reparationsfähigkeit in Frage gestellt. Von einer Reparationsleistung erwarten wir allerdings nichts. Vorläufig wird das Selbstbestimmungsrecht der Völker nur da anerkannt, wo es gegen Deutschland geht.

Abg. Breitscheid (US.):

Man oft haben wir schon Anklage erheben müssen gegen diejenigen, die die Schuld tragen an Deutschlands Elend. Wir schließen uns auch heute nicht aus, wenn wir auch die Schuldigen nicht einzig und allein außerhalb der deutschen Grenzen suchen. Auch wir empfinden tiefen Schmerz über den Verlust deutschen Landes, zumal der neue Staat den Oberschlesiern keine Sicherheit für ein wohlhabendes Unterkommen bietet. Es war ein Fehler aller bisherigen Regierungen, in der ober-schlesischen Frage Illusionen aufrechtzuerhalten, die zusammenbrechen mußten. Darum ist jetzt Schrecken und Erbitterung so groß. Verloren war Oberschlesien in dem Moment, als Ludendorff die Regierung drängte, den Waffenstillstand anzubieten. Der Friedensvertrag war ein natürliches Ergebnis des verlorenen Krieges und eine Frucht des kapitalistischen Imperialismus. Gegen diese Politik legt sich die sozialistische Arbeiterklasse zur Wehr, aber nicht mit leeren Demonstrationen, sondern dadurch, daß sie dem Imperialismus den Boden entzieht und das Wirtschaftssystem ändert. Eine Politik der Irredenta würde nur nutzlose Opfer fordern. Es ist unrichtig, wenn sich die Regierung auf einen Bruch des formalen Rechtes beruft. Das formale Recht ist nur bei den Wirtschaftsbestimmungen von der Entente verletzt worden. Gerade diese Bestimmungen aber bedeuten eine

Milderung des Friedensvertrages

und wir müssen daraus das Beste herausheben. Die Regierungstrife ist nur zum Teil durch die ober-schlesische Frage verursacht. Ein Hauptgrund liegt in der Sehnsucht der bürgerlichen Koalitionsparteien nach dem Anschluß an die Rechte. Diese Sehnsucht ist durch den Stürzer Reichstag der Sozialdemokratie sehr gestärkt worden. (Widerspruch bei den Soz.) Sie (zu den Soz.) hätten dabei zum mindesten geschwiegen operieren sollen. Die Demokraten haben in der schwierigsten Situation unglaublich verantwortungslos gehandelt. Unsere Haltung gegenüber dem neuen Kabinett wird dieselbe sein wie vorher. Wir werden die Regierung so lange unterstützen, wie ihre Politik im Interesse des arbeitenden Volkes liegt. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Wir wollen keine Politik des aktiven oder passiven Widerstandes, sondern die Fortführung der Politik der Erfüllung. (Lebhafter Beifall bei den U. Soz.)

Präsident Ebe teilt mit, daß vom Provinzialausschuß Ober- und Niederschlesiens ein Telegramm eingegangen ist, in dem gegen das Genfer Diktat einmütiger Protest erhoben wird. Diese Kundgebung ist einstimmig von den Deutschnationalen bis zu den Mehrheitssozialisten beschlossen worden. (Beifall und Hört, hört!)

Abg. Schäding (Dem.): Die Fraktion stimmt im Interesse Oberschlesiens der Entsendung eines Kommissars zu unter der Voraussetzung, daß sich daraus keine Anerkennung der dem Friedensvertrag widersprechenden Entscheidung ergibt. Der ehemalige polnische Ministerpräsident hat nach der Mitteilung eines Lemberger Blattes offen erklärt, daß Polen bei der Abstimmung beinahe jede Stimme hätte kaufen müssen. (Lebhaftes Hört, hört!) Wir erheben klammern Protest gegen die Wegnahme Oberschlesiens.

Abg. Emminger (bayer. Vp.) legt schärfste Vermahnung gegen die Genfer Entscheidung ein und lehnt die Entsendung eines Kommissars ab.

Abg. Heidemann (Komm.) verliest nach längeren Ausführungen eine Erklärung, die die Entscheidung der Vorkonferenz ablehnt, aber vor nationalistischen Abenteuern warnt. In der neuen Regierung Wirth sieht die kommunistische Fraktion lediglich den Platzhalter für eine Sinnesregimentierung.

Eingegangen sind inzwischen die weiter oben wiedergegebenen Anträge Marx (S.)-Wels (Soz.) und der Rechtsparteien.

Abg. Devi (kommunistische Arbeitsgemeinschaft) protestiert ebenfalls gegen die Genfer Komödie.

Abg. Marx (S.) stellt in einer Erklärung fest, daß seine Partei den Antrag Emminger ablehnen werde, nicht etwa, weil sie mit dem materiellen Inhalt nicht einverstanden wäre, sondern

weil im Vordergrund der Verhandlungen die Regierungserklärung siehe Sie enthalte in knapper, sachlicher Form alles, was auch im Antrag wiederholt sei.

Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärt den Antrag ebenfalls für überflüssig.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Wenn wir dem Antrag, der die Erklärung der Regierung billigt, zustimmen, so billigen wir damit nicht sämtliche Ausführungen des Reichstanzlers. Den Antrag Emminger lehnen wir ab.

Es folgen die namentlichen Abstimmungen, über deren Resultat wir bereits im Hauptblatt berichtet haben.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Es folgt eine umfangreiche Geschäftsordnungsansprache über die nächste Sitzung. Es wurde beschlossen, die nächste Sitzung am 3. November, nachmittags 3 Uhr, mit folgender Tagesordnung festzusetzen: Interpellationen über die Vorkommission in der Palz, über die Preissteigerung, Steuererlagen, Anträge.

Vor Schluß der Sitzung beglückwünscht der Präsident Ebe den Abg. Frohme (Soz.) zu seinem 40. Jahrestag seines Eintretens in den Deutschen Reichstag.

Schluß 12 Uhr.

Hamburg, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Heute ergriff in der Hamburger Bürgerchaft vor Eintritt in die Tagesordnung Genosse Boh das Wort zu einer Ansprache über Oberschlesien, die das Haus stehend anhörte. Die Entscheidung des Völkerrates sei eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes, die dem Siegerwillen der Entente entsprungen sei. Die Geschichte werde dafür sorgen, daß die Idee der Gerechtigkeit über die Gewalt siegen werde. Ein Kommunist gab eine kurze Erklärung für seine Partei ab, worauf sich das Haus an die Arbeit begab.

Die preußische Regierungsfrage.

Die in Preußen gepflogenen Verhandlungen über eine Regierungsombildung sind dadurch ins Stocken geraten, daß die Sozialdemokratische Partei infolge der Vorgänge im Reich die Schaffung einer großen Regierungskoalition zurzeit nicht für möglich hält.

Lewald geht! Wie die SPD. hören, wird als Folge des Wechsels im Reichsinnenministerium auch dessen Staatssekretär Dr. Lewald aus diesem Ministerium ausscheiden.

Reichsgerichtliches Schnecken-tempo.

Wie uns aus Thüringen mitgeteilt wird, ist das seit vielen Monaten schwebende Ermittlungsverfahren gegen den Gendarmiermajor Müller-Brandenburg wegen angeblichen Versuchs zum Hochverrat vom Oberreichsanwalt noch immer nicht abgeklärt worden. Auf eine Anfrage kam aus Leipzig die Antwort, daß „noch nicht abgesehen werden könne, wann das Ermittlungsverfahren gegen Müller-Brandenburg abgeschlossen wird“.

Es ist zwar höchst unwahrscheinlich, daß bei diesem Verfahren irgend etwas Positives herauskommt, da es auf Denunziationen eines geistig Minderwertigen hin eingeleitet wurde, aber die Sache hat ihre ersten Seiten: Gegen Müller-Brandenburg schwebt aus dem gleichen Grunde ein Disziplinarverfahren. Dieses Disziplinarverfahren ist nun bis zu der Entscheidung des Reichsgerichts ausgesetzt worden, es kann nicht fortgeführt werden. Die Folge davon ist, daß Müller-Brandenburg eine neue Anstellung im Polizeidienst nicht bekommt, weil natürlich keine Landespolizeibehörde einen Beamten einstellt, gegen den noch ein Verfahren anhängig ist. Der sächsische Innenminister Lipinski beabsichtigt, Müller-Brandenburg anzustellen, kann es aber einstweilen nicht tun. So hat die Verschleppung des Verfahrens vor dem Reichsgericht die praktische Wirkung, daß der republikanische Polizeimeister auf unabsehbare Zeit von der polizeilichen Betätigung ferngehalten wird. Wenn dann nachher das Verfahren mit Einstellung endet, zuckt man bedauerlich die Achsel.

Der neue Reichsjustizminister, Genosse Radbruch, hätte hier gleich Gelegenheit, ein etwas schnelleres Tempo in die Arbeiten der Reichsanwaltschaft zu bringen.

Bei dieser Gelegenheit könnte auch gleich dafür gesorgt werden, daß nun endlich der Prozeß gegen Jagow und Wangerheim zur Verhandlung kommt. Nach den neuesten Ausführungen scheint es mit der Selbststellung der Bauer, Ehrhardt und Genossen nichts zu sein. Es hätte uns auch gewundert, wenn diese Herren Offiziere moralischen Mut ausgedrückt hätten. Aber das Reichsgericht ist auf ihr Angebot hereingefallen, und hat den Jagow-Prozeß deswegen vertagt. Das Reichsgericht hat sich mit seiner Gutmütigkeit blamiert, genau wie der glückliche zweiseite Reichsjustizminister Schiffer mit seiner Betörung, daß Herr v. Jagow krank und hoftunfähig wäre. Vielleicht lernt die deutsche Justiz daraus endlich einmal die Prozesse gegen die Kappisten mit derselben Rücksichtslosigkeit durchzuführen wie alle anderen, und diesen „hochstehenden“ und „echt nationalen“ Verbrechern keine besondere Schonung zu gewähren. — — —

Gegen die Härten der Lohnpfändung.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben: Die in dem Lohnpfändungsgesetz geltenden Summen sind dem Wertverhältnis des Geldes durchaus nicht mehr angepaßt. Zahlreiche Lohn- und Gehaltsempfänger sind daher bei Anwendung des Gesetzes in die schlimmste Notlage geraten.

Um diesen starken Uebelstand zu beheben, hat die Sozialdemokratische Fraktion des Reichstages den folgenden Gesetzentwurf als schleunigen Antrag eingebracht:

Das Gesetz betreffend Verringerung der Verordnung über Lohnpfändung vom 10. August 1920 („Reichsgesetzblatt“ Seite 1572) wird dahin geändert, daß

- 1. in Artikel 1 Ziffer 1 an die Stelle des Wortes „fünf-tausend“ das Wort „zweizehntausend“,
2. in Artikel 1 Ziffer 2 an die Stelle des Wortes „vier-tausend“ das Wort „zwölf-tausend“,
3. in Artikel 1 Ziffer 3 an die Stelle der Worte „neun-tausend“ und „sechszehntausend“ die Worte „achtzehntausend“ und „fünfzehntausend“,
4. in Artikel 1 Ziffer 4 an die Stelle der Worte „31. Dezember 1921“ die Worte „31. Dezember 1922“ treten.

Das Gesetz tritt am 15. November 1921 in Kraft.

Es ist anzunehmen, daß der Reichstag in einer der nächsten Sitzungen dem Antrag die Zustimmung erteilt und daß das Gesetz schon mit dem 15. November in Kraft tritt.

„Alles für die Invaliden“.

Zu dieser Ratiz in Nr. 499 des „Vorwärts“ sendet uns die Firma Haasenfein u. Vogler eine Berichtigung. Danach stellt sich das Verhältnis der Firma zum Invalidentank folgendermaßen dar:

Der Invalidentank hatte eine Annoncenabteilung eingerichtet, deren Kifflo er im Jahre 1911 nicht mehr tragen konnte. Er trat sich mit dem Gedanken, das ganze Anzeigengeschäft aufzugeben, nahm aber hieron Abstand, weil die Haasenfein u. Vogler A.-G. mit dem Invalidentank im April 1911 eine Interessengemeinschaft abschloß. Dieser Vertrag gab zwar der Haasenfein u. Vogler A.-G. den größeren Gewinnanteil, bildete ihr aber des gesamten Kifflo auf, insbesondere die Verpflichtung, alle Verluste zu tragen. Der Invalidentank begnügte sich mit dem kleineren Teil des Reingewinns (30 Proz.), den er aber völlig risikolos erhielt. Bis zum Jahre 1914 hat die Haasenfein u. Vogler A.-G. an dem Anzeigengeschäft nach einem anfänglichen Gewinn im ersten Jahre 600 000 M. verloren. Unrichtig ist jedoch, daß ihr Kapital bei Kriegsausbruch verloren war. Dies betrug 2 Millionen Mark und war trotz der Verluste völlig intakt. Ende 1916 und Anfang 1917 steigerte sich infolge der Wertveränderung für die Kriegsanleihe die Anzerateneinnahme bedeutend. Der Vorstand des Invalidentanks hat sich darauf bemüht, den noch mehrere Jahre laufenden Vertrag zu seinen Gunsten abzuändern und den Gewinnanteil der Haasenfein u. Vogler A.-G. herabzusetzen. Des ist ihm auch gelungen, obwohl die Haasenfein u. Vogler A.-G. anfangs mit Hinweis auf ihre früheren Verluste Widerstand leistete und obwohl der Invalidentank kein verfügbares Recht zur Vertragsänderung besaß. Der Invalidentank erhielt seitdem den größeren Teil des Reingewinns, dieser Anteil wurde später nochmals erhöht (auf 75 Proz.).

Bezüglich des Herrn Kede wird ausgeführt, daß er niemals General war, sondern Revisor bei der Haasenfein u. Vogler A.-G.

Der Verwaltungsrat und Vorstand des Invalidentanks sendet uns gleichfalls eine Berichtigung, die sich im wesentlichen mit der obigen der Firma Haasenfein u. Vogler deckt. In ihr wird bezüglich des Generals Behn ausgeführt, daß ihm außer seinem Gehalt von der Firma Haasenfein u. Vogler eine Rente von 5 Proz. zugesagt war. Als sich infolge der hohen Anzeratenaufträge die Rente über alle Erwartungen hochstellte, habe General Behn freiwillig im Interesse der Invaliden auf den höheren Teil seiner vertragsmäßigen Ansprüche verzichtet und sich mit einer einmaligen Abfindung von 25 000 M. begnügt.

Sämtliche Vorkänge beim Invalidentank seien seitens der aufsichtführenden Behörden dem preußischen Ministerium des Innern und dem Reichsausschuß für Kriegsbeschädigte geprüft worden, ohne daß Veranlassung gefunden sei, im Aufsichtswege irgend etwas gegen den Invalidentank zu veranlassen.

Unsere Darstellung war seinerzeit dem „Reichsbund“ entnommen, der sich wohl zu der Angelegenheit noch äußern wird.

Demonstration der Telegraphenbeamten.

Hamburg, 26. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Auf Veranlassung der Kommunisten fand am Mittwoch in Hamburg eine Demonstration der Telegraphen- und Postangestellten statt, die für eine Wirtschaftsbeihilfe von 2000 M. demonstrierten. Da die Gewerkschaften die Beteiligung an dieser wilden Aktion abgelehnt hatten und aufforderten, bei der Arbeit zu bleiben, erschienen nur circa 2000 Personen, die zur Oberpostdirektion zogen, um dort ihre Forderungen zu vertreten. Die Ordnungspolizei hatte den Demotreibenden Befehl.

Die Schlichtungsordnung im Reichswirtschaftsrat.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat trat am Mittwoch bei sehr starker Beteiligung zu seiner 23. Sitzung zusammen. Ober v. Braun übertrug der schweren wirtschaftlichen Folgen, die die Entscheidung über Oberschlesien für Deutschland und ganz Europa haben wird. Hieran erstattete Humbert den schriftlichen Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses über den Entwurf einer Schlichtungsordnung. In der allgemeinen Aussprache stimmt Albrecht (Ans. Bertr.) dem Gedanken der Schlichtungsordnung zu, lehnt aber jede Unterbindung des Koalitionsrechtes der Arbeiter ab, ebenso ein Anwesenheitsverfahren: Die Verweigerung seiner Arbeitskraft muß das letzte Kampfmittel des Arbeiters bleiben. Der Redner schlägt für § 55 Abs. 1 folgende Fassung vor:

„Wird bei einer Gesamtschlichtung die zuständige Schlichtungsstelle über die Behörde von einer beteiligten Partei anrufen, so hat sie das Schlichtungsverfahren einzuleiten, die beteiligten Parteien zur Verhandlung zu laden und, falls eine Einigung nicht zustande kommt, einen Schiedsspruch zu fällen.“

Die Ausnahmestellung der acemianhigen Betriebe, wie sie der Entwurf vorsieht, lehnt die Arbeiterchaft ab, ebenso die Bewerberausführungsbeamten als Kontrollreure. Wir verlangen ferner Streichung aller Sonderarrangements für die öffentlichen Behörden. Zum

Schuhe gegen die gelben Gewerkschaften

fordern wir eine andere Definition des Begriffs der wirtschaftlichen Vereinigung. — Dr. Röhe (Ans. Bertr.) verlangt Befestigung der Haftung für Schadenersatz aus Zuwiderhandlungen gegen die Entscheidung des Schiedspruches. — Der Entwurf geht mit den dazu gestellten Anträgen an den Sozialpolitischen Ausschuß zurück. — Schumacher (Gewerkschaften d. Holzarb.) erstattet hierauf den Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zum Gesetzentwurf über Lohnstatistik. Ein vom Ausschuß annehmener Kompromißantrag wurde von den meisten Arbeitnehmern abgelehnt. — Nach längerer Debatte wird ein Antrag Dr. Thiffen auf Zurückverweisung an den Ausschuß angenommen. — Werner (Ans. Bertr. d. Handels) berichtet dann über die Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Genueser Uebereinkommen über die Arbeitsbedingungen der Seeleute usw. Grundrindlich soll die Arbeitslosenarbeitszeit gelten, aber für Schiffe in Fahrt soll diese Bemessung nicht gelten. — Die Beschlüsse des Ausschusses werden einstimmig angenommen. — Die vom Ausschuß zum Schiedspruchgesetz erstellten Anträge werden debattelos angenommen. — Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr: Lohnstatistik, Hebung der Wohnungsnot. Schluß 2 Uhr.

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages beendete am Mittwoch die Beratung des Haushalts des Finanzministeriums. Abg. Krüger (Soz.) beschwerte sich über die Verortung der oberen Bevölkerungsklassen bei der Auswahl der Beamten. Das Zentrum äußerte Paritätsklagen. — Der Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung soll erst später beraten werden. Am Donnerstag beginnt die Beratung des Kultusetats.

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages beschloß am Mittwoch, gleich nach Wiederzulassung des Reichstages am 3. November die auf die Neuordnung der Versicherungsordnung bezüglichen Gesetzentwürfe (Invaliden, Angestellten, Unfallversicherung) auf die Tagesordnung des Ausschusses zu setzen.

